

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Strafverfahren im Zusammenhang mit Benützungsbewilligungsverfahren

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Ich setze hier mit einem dringlichen Antrag, den freundlicherweise alle hier im Gemeinderat vertretenen Parteien unterstützen wollen, bei einem Antrag aus dem November 2005 fort. Es geht darum, dass es zum Teil unzumutbar ist, dass Strafverfahren im Zusammenhang mit Benützungsbewilligungsverfahren ausgesprochen werden. Ich möchte vielleicht vorweg gleich einmal betonen, dass es hier nicht darum geht, hier den Vollzug zu kritisieren in dem Sinn, dass hier Beamtinnen und Beamte der Stadt Graz aus den verschiedensten Abteilungen unter Umständen hier etwas sorglos umgehen, sondern es ist Tatsache so, dass hier gesetzeskonform vorgegangen wird und deshalb richtet sich mein dringlicher Antrag in Form einer Petition an die Steiermärkische Landesregierung in Bezug auf das abzuändernde Baugesetz. Ich darf ganz kurz zitieren aus dem Motivenbericht, der ohnedies aus dem ursprünglichen Antrag aus dem Jahr 2005, November 2005, bekannt ist. Ich darf kurz zitieren: Bedauerlicherweise häufen sich in der letzten Zeit Fälle, und das wiederholte sich bereits auch im vergangenen Jahr, dass Einzelpersonen oder Familien Wohnungen, Mehrfamilienwohn- oder Reihenhäuser kaufen oder mieten im guten Glauben, dass bei rechtskräftigem Baubescheid auch eine Benützungsbewilligung vorliegen müsste oder nachträglich zumindest relativ einfach zu erreichen wäre. Und das Problem, das auftaucht, ist in der Form, dass nicht selten, leider Gottes muss man sagen, zwischenzeitlich ausführende Firmen oder Bauträgergesellschaften in Konkurs gehen, das kommt nicht sehr selten vor, sodass es dann nur mit großen Schwierigkeiten beziehungsweise zusätzlichen hohen zeitlichen und finanziellen Aufwendungen möglich ist, die erforderlichen Atteste, Gutachten, Bestätigungen etc. fristgerecht beizubringen. Vielfach erfahren die Betroffenen erst zwei Jahre später oder längere Zeit, in einem Fall zwei Jahre später, nach Kauf oder Abschluss des Mietvertrages, dass nicht nur keine Benützungsbewilligung vorliegt, sondern dass die

Bauausführung nicht mit dem bewilligten Projekt übereinstimmt, in diesem Fall sind sogar Neuverhandlungen die Folge. Entsprechend der derzeitigen Rechtslage erfolgt in der Zwischenzeit, und das ist das, was zu kritisieren wäre, da die Vorlage neuer Pläne beziehungsweise Aufbereitung fehlender Unterlagen entsprechenden Zeitaufwand benötigt, die Einleitung eines Strafverfahrens, weil ja eine Benützung ohne Benützungsbewilligung unter Umständen bereits über einen längeren Zeitraum erfolgte.

Aufgrund dieses Sachverhaltes stelle ich daher nochmals in Anlehnung an den bereits am 10.11, also knapp vor einem Jahr oder bereits über einem Jahr eingebrachten Antrag, nunmehr nicht nur im Namen unserer Fraktion, sondern im Namen aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

und ich bitte da wirklich ein bisschen um Aufmerksamkeit, weil hier der dringliche Antrag doch einen Punkt betrifft, wo sie möglicherweise auch das eine oder andere Mal mit einer Situation konfrontiert sind, die also tatsächlich für den Mieter oder Käufer zum Teil sehr unerträglich ist.

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich mit einer Petition an den Landesgesetzgeber, den § 118 Strafbestimmungen Abs. 1 Ziffer 6 des Steiermärkischen Baugesetzes 1995 i.d.g.F. dahingehend abzuändern, dass eine Verwaltungsübertretung, und um das geht es jetzt im Wesentlichen, nur der begeht, wer als Eigentümer oder Bauberechtigter eine Bauanlage oder einen Teil davon ohne Benützungsbewilligung benützt, und jetzt der wesentliche Punkt, oder anderen zur Benützung überlässt. Die Mieter, Pächter oder sonst Verfügungsberechtigten sollten nur mehr bei Vorsatz strafbar sein. Weiters sollte geprüft werden, ob eine Übertretung nach Ziffer 6 nicht aus dem Abs. 1 gestrichen und in den Abs. 2 aufgenommen werden sollte, der Unterschied ist der, dass die Benützungsbewilligung noch als ein schwereres Vergehen geahndet wird und dadurch auch eine Mindeststrafe im Gesetz vorgesehen ist, also mein Antrag geht in Richtung in die Verschiebung eines weniger schwer wiegenden Vergehens, um damit auch ohne Strafuntergrenze eine Strafe

entsprechend dem individuellen Verschulden des Beschuldigten verhängen zu können.

2. Der Punkt 2 richtet sich natürlicherweise an die zuständige Magistratsabteilung in der Form, dass um Überprüfung ersucht wird, ob nicht die vermehrte Anwendung der Möglichkeit der Erteilung einer Benützungsbewilligung unter Vorschreibung von vollstreckbaren Auflagen, die Erteilung einer Teilbenützungsbewilligung oder die öfters Wahrnehmung der Hinweispflicht, auch das scheint mir wichtig zu sein, durch die Amtorgane ein gangbarer Weg sein könnte.

Ich möchte abschließen und allen Fraktionen hier im Gemeinderat danken, dass sie diesen dringlichen Antrag mit mir einbringen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem alle Fraktionen da drauf sind und der Herr Gemeinderat Khull-Kholwald fehlt, brauchen wir auch nicht über die Dringlichkeit noch weiter Gespräche zu führen, ich komme gleich zum Antrag, wünscht hier jemand das Wort?

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## **2) ECE-Stadtgalerie/Verkehrs- und Wirtschaftlichkeitsprüfung**

GR. **Herper** stellt namens der SPÖ, ÖVP, KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Es war keine einfache Geburt, aber es ist doch gelungen, einen gemeinsamen

dringlichen Antrag zu formulieren dieser beiden Antrag stellenden Fraktionen hier im Grazer Gemeinderat. Es geht um die ECE-Stadtgalerie, wie wir alle wissen, sind wir ja vom Absaugen der Wirtschaftskraft auf der grünen Wiese im besonderen Maße als Landeshauptstadt Graz betroffen. Vor unseren Stadttoren tut sich ja Immenses, vor allem was den Verkehr, aber auch aus finanzieller Sicht für die Stadt Graz negatives vor allem und nachdem es ja keinen interkommunalen Lastenausgleich für eine faire und gerechte Verteilung bislang gibt, was die Notwendigkeit der Bekämpfung und Belastungen verkehrlich, umweltmäßig, aber infrastrukturelle Maßnahmen und ihre Investitionen betrifft, tut sich weit und breit derzeit nichts, trotz mehrerer Anläufe in den letzten Jahren.

In diesem Sinne sind auch Initiativen zur Ansiedlung von Einkaufszentren innerhalb des Stadtgebietes grundsätzlich zu begrüßen. Vorausgesetzt, es gibt begleitende Maßnahmen, damit die Nahversorgung, wir haben ja jetzt die Studien gehört, wie sehr in der gesamten Steiermark die Nahversorgung im Argen liegt und für die Bewohnerinnen und Bewohner ein größtes Problem beinhaltet dass vor allem auch die Nahversorgung nicht weiter ausgehöhlt wird und dass auch das zu erwartende Verkehrsaufkommen nicht zu schwer wiegenden Belastungen für die anrainende Bevölkerung führt. Deshalb auch das besondere öffentliche Interesse, das sich ja in den letzten Tagen manifestiert hat.

Das sind alles Gesichtspunkte die beim geplanten 200-Milliionen-Euro-ECE-Einkaufszentrum „Stadtgalerie“ zu berücksichtigen sind: Einen ähnlichen Antrag hat ja die Kollegin Binder ja bereits vor Drei-Wochen-Frist in ähnlicher Weise gestellt, füge ich hinzu, sodass wir heute konsequenterweise fortführen können. Es geht selbstverständlich um die Chance, die zu wahren ist, im Endausbau 1000 Arbeitsplätze zu schaffen, die Frage ist, inwieweit Vollzeit oder Teilzeit oder nur geringfügig Beschäftigte, diese Chance nicht ungenutzt zu lassen. Und es geht auch um die Chance, Kaufkraft, und das ist im Interesse des Finanzreferenten und der gesamten Stadtregierung, aber auch des Gemeinderates klarerweise, Kaufkraft in die Stadt zurückzuholen, und diese nicht ungenützt zu lassen, diese Chance. Es ist nur zu hoffen, dass von einem solchen Einkaufszentrum auch der umliegende Einzugsbereich, ich denke unter anderem an die besondere Belebung der Annenstraße und deren Notwendigkeit, die bislang nicht in dem Maße gelungen ist,

wie wir uns das alle wünschen und vor allem auch, wie die Bewohner es sich auch wünschen, dass diese Anläufe auch zu einer Belebung der Einkaufsstraßen im Besonderen in der Annenstraße führen.

Wie Sie alle wissen, ist die ECE-Projektmanagement GmbH, eine Tochter des OTTO-Versand-Konzerns, hat 89 verschiedenartige solcher Einkaufszentren in Europa, davon allein 70 in Deutschland bereits errichtet, 65 allein davon in den Innenstädten. Europaweit sind weitere 20 in Planung beziehungsweise im Vorhabensbereich. Es ist ja kein Wunder, dass die Geschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer im deutschen Niederrhein, die Frau Astrid Schultz, durchaus ernst zu nehmen, wenn sie in einem Zitat, das ich der Hamburger Zeit entnehmen durfte, in einem Dossier vor 14 Tagen meinte: „Die ECE ist nicht unser Gegner. Die Kommunen müssen sich entsprechend aufstellen. Dass ein Einkaufszentrum der richtige Ansatz ist, die Innenstadt zu beleben, trifft ja zu. Aber es darf sie nicht übernehmen.“ Denn die Innenstadt, und nicht wenige sind Weltkulturerbe, so wie Graz, seien ein „Kulturgut“ und die Städte müssten Leitlinien aufstellen und „sich danach richten, raumbezogene Wirtschaftspolitik zu betreiben. Der Markt allein kann's nicht richten“. Das sagt eine exponierte Wirtschaftsvertreterin, allein dem Markt können wir es nicht überlassen, da müssen die Städte Rahmen vorgeben.

Deshalb gilt auch für Graz: Sichergestellt müsste sein, dass ein solches Zentrum wirklich jenes Zielpublikum erreicht, auf das es ausgerichtet sein soll – denn schlichtweg kontraproduktiv wäre es, wenn lediglich eine innerstädtische Umleitung von Kundenströmen, etwa aus dem City-Bereich, erfolgen würde. Und damit in anderen Innenstadtgeschäften, wie wir alle wissen, und es krankt daran und wir verlieren fast jährlich einige dieser Innenstadtgeschäfte, weitere Hunderte Arbeitsplätze verloren gehen würden. Diese zu erwartenden Kundenströme sind damit eine ganz wesentliche Frage, der offensichtlich noch nicht ausreichend auf den Grund gegangen wurde, weshalb die Geschäftsleute im innerstädtischen Bereich dem ECE-Projekt bislang gefühlsmäßig, sage ich einmal, gefühlsmäßige mit „Hoffen und Bangen“ gegenüberstehen, wie es auch der Obmann der Initiative EZ-Annensstraße formuliert hat. Das Grazer Stadtmarketing hat wohl eine Studie in Auftrag gegeben über den städtischen Einzelhandel in Graz und entsprechende Empfehlungen, was auch die Standortwahl betrifft, es war die Frage Bahnhofsnähe

oder Jakominiplatz, aber die offensichtlichen Besorgnisse im Innenstadtbereich konnten bislang noch nicht zerstreut werden.

Aber was noch schwer wiegender ist: Wie das zu erwartende Verkehrsaufkommen in dem ohnehin schon schwer belasteten Bereich Annenstraße/Bahnhofgürtel/Eggenberger Gürtel bewältigbar ist, scheint noch völlig unklar zu sein. Prognostiziert wird ein Mehr an 15 bis 20 Prozent Verkehrsaufkommen – doch die begleitenden Maßnahmen scheinen auf den ersten Blick, nicht zuletzt angesichts der angespannten finanziellen Situation der Stadt Graz, mehr als bescheiden zu sein. Auch in diesem Zusammenhang muss auf das gemeinsame Feinstaub-Maßnahmenpaket von Stadt und Land verwiesen werden, sodass begleitende umweltschutzmäßige Bedingungen auch hier von Relevanz sind – und dies wird wesentlicher Teil der verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung sein, die ja gesetzlich vorgeschrieben ist.

Im gestern auf der Tagesordnung des zuständigen Ausschusses gestandenen schriftlichen Informationsbericht über den Bebauungsplan/Auflage des Entwurfs findet sich in diesem Zusammenhang das in Auftrag gegebene verkehrliche Entwicklungskonzept Bahnhofgürtel/Eggenberger Gürtel unter Berücksichtigung des Einkaufszentrums ECE-Leiner, verfasst von der Ziviltechnikergesellschaft Sammer & Partner. Dabei wird insbesondere Dipl.-Ing. Dr. Gerald Röschel auszugsweise über die Auswirkungen (Vor- und Nachteile der Maßnahmen) der Kfz-Verkehrsbelastung, der Verkehrsqualität für Fußgänger und öffentlichen Verkehr, beim ruhenden Verkehr sowie für die städtebauliche Entwicklung entsprechend zitiert. Gerade aufgrund der Vorberichterstattung in den Medien, das muss man natürlich den Projektbetreibern zubilligen positiverweise, fanden inzwischen erste informative Einzelgespräche mit AnrainerInnen, BezirksvertreterInnen und den Gemeinderatsfraktionen statt. Soviel ich weiß, in allen Gemeinderatsfraktionen in den letzten Tagen.

Wie gesagt, wir begrüßen jede sinnvolle, den Interessen der Stadt und ihrer BürgerInnen entgegenkommende wirtschaftsfördernde und arbeitsplatzschaffende Investition im Stadtgebiet, da dies Graz nicht nur ein budgetäres Plus bringt, sondern auch den KonsumentInnenwünschen nach mehr Auswahl und Einkaufsmöglichkeiten

im städtischen Gebiet entgegenkommt und nicht allein im so genannten „Speckgürtel“ von Graz.

Es gibt aber aus unserer Sicht zwei entscheidende Voraussetzung für ein Ja zu einem solchen Projekt: Erstens, dass unter Einbindung der betroffenen Bezirke verkehrstechnisch gute Lösungen gefunden werden, durch die die Belastungen für die anrainende Bevölkerung in Grenzen gehalten werden kann und zweitens eine fundierte Erhebung über die zu erwartenden Kundenströme, da es nicht unsere Intention sein kann, ein neues Einkaufszentrum in erster Linie auf Kosten beziehungsweise zu Lasten der gewachsenen innerstädtischen Wirtschaftsstrukturen seine Umsätze machen zu lassen.

In diesem Sinne, Kolleginnen und Kollegen, stelle ich namens der SPÖ-, ÖVP-, KPÖ- und Grünen-Gemeinderatsfraktionen den

### **dringlichen Antrag,**

der Gemeinderat möge gemäß Motivenbericht als Voraussetzung für den endgültigen Beschluss im Widmungsverfahren beschließen, dass

1. unter der Einbindung der betreffenden Bezirksvorstehungen/BezirksrätInnen und der betroffenen AnrainerInnen eine für den stark belasteten Kreuzungsbereich und seine Nebenstraßen tragbare Gesamtverkehrslösung für den prognostizierten Zulieferverkehr sowie den zu erwartenden KundInnen-Pkw-Verkehr, insbesondere den Fuß- und Radverkehr im betroffenen Planungsgebiet, vorzulegen ist; wobei in diesem Zusammenhang Vorsorge zu treffen ist, dass bei den Auswirkungen des zusätzlichen Verkehrsaufkommens auf die Einhaltung der bestehenden Intervalle der öffentlichen Verkehrsmittel Wert zu legen ist
2. Wirtschaftskammer/Sektion Handel, Arbeiterkammer und Gewerkschaft ersucht werden, allfällige Stellungnahmen über die aus ihrer Sicht zu erwartenden Auswirkungen beziehungsweise Konsequenzen (Einzugsgebiete, KundInnenströme, Arbeitsplätze, Nahverkehrsknoten etc) während der Auflagefrist zu erstellen und
3. noch vor der endgültigen Beschlussfassung der Änderung des FLÄWI und der Änderung des STEK unter Zugrundlegung der inzwischen gewonnenen

Erkenntnisse die für 4. Dezember 2006 von Stadtrat Gerhard Rüschi bereits fixierte öffentliche Informationsveranstaltung für betroffene AnrainerInnen und Gewerbetreibenden abzuhalten ist

und dieses Ergebnis, Frau Kollegin Gesek, dem Gemeinderat beziehungsweise dem zuständigen Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung zu weiteren Beratungen vor Beschlussfassung über die Flächenwidmung vorgelegt werden. Ich bedanke mich, erstens für die Möglichkeit dieser Vorlesung und zweitens für die Begleitung der antragstellenden Fraktionen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Lozinsek** zur Dringlichkeit: Lieber Herr Klubobmann Charly Herper! Es hätte mich gefreut, wenn auch die freiheitliche Partei eingeladen worden wäre, hier an diesem Antrag mitzuwirken beziehungsweise auch gefragt worden wäre, ob wir da mitgehen. Ist nicht erfolgt, ich weiß nicht warum. Wir stimmen auf alle Fälle der Dringlichkeit wie auch dem Inhalt des Antrages zu.

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

GRin. **Binder** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt immer wieder überraschende Momente, das ist ja gut so im Gemeinderat und auch das ist jetzt zum Beispiel heute so ein überraschender Moment, da passiert etwas, dass SPÖ, ÖVP, also alle Gemeinderatsfraktionen sich in einem gemeinsamen dringlichen Antrag wiederfinden mit einem Antrag, dessen Inhalt von uns im Juni in der letzten Gemeinderatssitzung vor der großen Sommerpause eigentlich angesprochen wurde und wo wir ausgelacht wurden...

*Zwischenruf GR. Schönegger: War schlecht formuliert.*

GRin. **Binder:** ...gerade von den zwei großen Fraktionen, das möchte ich anbringen, es war dann noch einmal ein Versuch von uns, dass ein dringlicher Antrag angenommen wird, das ist leider gescheitert das letzte Mal, aber ich muss sagen, im Wesentlichen ist der Antragstext jener Text, etwas umgeschrieben und dafür danke ich auch dem Herrn Klubobmann Herper, dass er das geschafft hat, ihn so umzuschreiben, dass auch die ÖVP mitgehen kann. Ich nehme allerdings an, dass die ÖVP auch einem gewissen Druck ausgesetzt ist, einem gewissen Druck vielleicht von der Wirtschaftskammer, von der Handelskammer, ich lese aufmerksam die Meldungen, die um das ECE und die Stadtgalerie durch die Zeitungen geistern...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Von der AK.***

GRin. **Binder:** ...und konnte mich des Eindrucks, Herr Klubobmann, nicht erwehren, dass es hier sehr, sehr kritische Stimmen auch von den Handelstreibenden gibt. Insofern möchte ich jetzt auf den Motivenbericht eingehen, es gibt zwei Punkte im Motivenbericht, denen wir nicht zustimmen können. Der eine Punkt ist auf Seite 1, wo hier so lapidar festgestellt ist, im zweiten Absatz erster Satz, in diesem Sinn sind dann auch noch Initiativen zur Ansiedlung von Einkaufszentren innerhalb des Stadtgebietes grundsätzlich zu begrüßen. Nein, wir können das grundsätzlich so überhaupt nicht begrüßen, ich würde einmal es sehr wünschenswert finden, wenn wir genau über diese Strategie, das ist eine strategische Festlegung, was in unserer Stadt in der nächsten Zeit auf dem Gebiet von Einkaufen, Einkaufszentren, Nahversorgung etc. passieren wird, welche Weichen gestellt werden und wir sagen, so wie dieser Satz hier steht, können wir ihn inhaltlich nicht mittragen und der andere Punkt im Motivenbericht, von dem wir uns distanzieren, ist auf Seite 2 erster Absatz wo zitiert wird, die Frau Astrid Schultz und ich finde es immer wieder erstaunlich, wie man solche Dinge einfach so flockig und locker dann zitieren kann. Da steht: Dass ein Einkaufszentrum der richtige Ansatz ist, die Innenstadt zu beleben und dass das ja zutrifft. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier ist die Grüne Fraktion sehr, sehr kritisch und vielleicht sind wir auch hier wieder ein bisschen voraus und sie

können uns noch nicht folgen, aber ich bin mir ganz sicher, dass die Auseinandersetzung mit diesem Thema auch Sie in nächster Zeit dazu bringen wird, dass das nicht die einzige logische Antwort sein kann und es kann auch nicht die einzige Antwort sein auf die großen Einkaufszentren rund um Graz. Die Antworten sind viel, viel differenzierter und vielfältiger und bieten viel mehr Möglichkeiten und Ansatzpunkte und darüber sollten wir uns einmal unterhalten. Es ist nicht so, dass ECE beziehungsweise diese riesigen Einkaufszentren tatsächlich Arbeitsplätze schaffen. Ich habe einen sehr kritischen Hinweis gelesen in einer Zeitung, dass ganz im Gegenteil gerade, was die Lehrlingsausbildung betrifft, dass diese großen Einkaufszentren in Summe gesehen wesentlich weniger Möglichkeiten der Lehrlingsausbildung bieten als die Geschäftstreibenden einer Innenstadt. Das müssten wir, ich konnte es nicht verifizieren, ich habe es gelesen, es regt mich zum Nachdenken an und ich würde die Kolleginnen und Kollegen sehr bitten, vor allem jene, die zur Wirtschaftskammer einen wesentlich anderen Bezug haben als ich, dem auch einmal nachzuspüren und nachzugehen, wie weit solche Aussagen auch richtig sind. Ich habe zum Beispiel eine Zeitung, nämlich die Steirische Wirtschaft, in die Hand bekommen und da wird geworben für eine, ich zeige es, für all jene, die diese Zeitung nicht kennen, Handelsoffensive für die Nahversorgung und ich möchte schon sagen, wenn die ÖVP hier, und ich gehe davon aus, dass es in der Stadtregierung einen Beschluss gibt, dass das ECE zu kommen hat, aber wenn die ÖVP so stark dahinter ist, dass es dieses ECE geben wird, dann würde ich zum Beispiel schon meinen, sehen Sie hier nicht einen Widerspruch? Auf der einen Seite die Nahversorgung durch eine Offensive zu unterstützen, auf der anderen Seite einen riesigen Verdrängungswettbewerb hier in Graz zu öffnen durch Zentren wie das ECE. Der letzte Aspekt, den ich...

*Zwischenruf unverständlich.*

GRin. **Binder:** Melde dich zu Wort, Thomas Rajakovics, dann kannst du dich so artikulieren, dass es auch jeder verstehen kann.

**Zwischenruf GR. Schönegger: Wenn das der Van der Bellen hören würde, was da für ein Schaf geredet wird.**

GRin. **Binder:** Einen letzte Aspekt, den ich für heute einbringen möchte, und ich bin immer so erstaunt, der Herr Bürgermeister hat heute so ein herrliches Zitat gebracht, ich musste es mir aufschreiben, ich kann es jetzt nur sinngemäß wiedergeben, weil die ÖVP ja ständig dann stört, wenn sie sich besonders hinterfragt fühlt und weil sie dann ganz besonders kritisch meinen Äußerungen gegenübersteht, der Herr Bürgermeister hat heute zitiert, lieber Herr Kollege, jene werden besonders kritisiert, die auch im Recht sind, ich habe mir gedacht, das ist wieder eine super...

**Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Wieder falsch verstanden.**

GRin. **Binder:** Ja, ich habe gesagt, sinngemäß, ich habe es ja leider nicht...Herr Bürgermeister...

**Zwischenruf GR. Schönegger: Interpretationsfehler.**

GRin. **Binder:** Ja ich gebe zu, aber es war sinngemäß, sagen wir so. Der letzte Punkt, den ich einbringen möchte, was mich sehr erstaunt hat, und dazu wird mein Kollege Hermann Candussi noch ausführlicher etwas sagen, was mich sehr erstaunt hat, gestern auch im Ausschuss ist das kurz angesprochen worden, da kommt der größte Shopping-Center-Betreiber Europas, ECE ist nicht irgendetwas, und gibt der Stadt einfach etwas vor. Das ECE sagt, wir wollen diese Couverture, wir wollen diese

Quadratmeterfläche, Verkaufsfläche, wir wollen auf keinen Fall, dass irgendwie unser Einkaufscenter unterirdisch begehbar oder befahrbar ist, wir wollen das nicht, wir wollen jenes nicht. ECE gibt der Stadt vor, was es gerne möchte und die Stadt reagiert nicht als Gestalterin. Die Verantwortlichen reagieren nicht, sondern sagen, ja machen wir, ja super, das ist Planung, frage ich mich, das ist Stadtgestaltung? Hier wird öffentlicher Raum, und das muss uns schon bewusst sein, hier wird öffentlicher Raum privatisiert, wird den Menschen dieser Stadt in einer ganz bestimmten Art und Weise entwendet und die Stadt setzt keinen Widerstand, aber das überlasse ich dann noch meinem Kollegen Hermann Candussi, hier noch genau etwas auszuführen. Ich hoffe, nachdem gestern im Ausschuss die Verkehrslösung vorgestellt wurde, die für alle Menschen, die gestern, für alle, die dabei waren, auch für die Expertinnen und Experten keine zufriedenstellende Lösung darstellt, es wurden sehr, sehr viele kritische Anmerkungen gemacht, weil das ECE nicht nur die Architektur vorgibt, wobei sich allerdings der Baudirektor vorbehalten hat, dass es einen Wettbewerb bei der Fassadengestaltung gibt, aber bei der Verkehrsplanung oder für die Verkehrsplanung hat das ECE einen Zeitplan vorgegeben beziehungsweise überhaupt für den Bau, es möchte 2009 fertig sein, das ist eine Zeitvorgabe, die es nicht ermöglicht und nicht erlaubt, hier wirklich kompetente Studien durchzuführen, die es nicht erlaubt, einen kompetenten Verkehrsplan zu erstellen und auch hier wieder sagen die zuständigen Politiker in der Zeit müssen wir es halt machen, weil sonst geht uns das ECE verloren. Ja klar, der Herr Bürgermeister will das ECE, das ist das Denkmal des Herrn Bürgermeisters, die ÖVP hat natürlich auch nichts gegen so ein Denkmal, weil jeder will sich in irgendeiner Weise, will in irgendeiner Weise etwas schaffen, was auch nach ihm oder nach ihr noch zu sehen ist, ja wo man sagt, das ist noch das Nagl-Einkaufszentrum oder so, das Grün in der Fassade beruhigt nicht. Ich möchte nur noch auf eines zum Schluss hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das was gestern als Verkehrslösung hingestellt wurde, ist, wie soll ich das formulieren, ist verachtend allen Menschen gegenüber, die dort leben unmittelbar um dieses Einkaufszentrum, verachtend deswegen, weil das elementare Bedürfnis nach Lebensqualität und Gesundheit wirklich missachtet, in einer derartigen Art und Weise missachtet wird, dass ich wirklich bitte und hoffe, dass wir Zeit haben, mehr Zeit haben, um zu einer guten Lösung zu kommen, zu einer guten Verkehrslösung zu kommen. Danke.

GR. **Simbürger**: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Nur einige Sätze als mittelbar Betroffener aus dem Bezirk Lend und das nur zum Verkehrskonzept, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und wenn heute in der Zeitung gestanden ist, die SPÖ wäre wirtschaftsfeindlich, ich glaube, das hat mit Wirtschaftsfeindlichkeit nichts zu tun, es geht auch um die Lebensbedingungen beziehungsweise um die Lebensqualität der dort wohnenden Anrainer. Und ich habe auch vor kurzem die Möglichkeit gehabt, meine Damen und Herren, mir das Verkehrskonzept anzuschauen und da möchte ich bei der Kollegin Binder anschließen, das ist für mich auch nicht vorstellbar, muss ich Ihnen ehrlich sagen, meine Damen und Herren, wenn man jetzt ausgeht von zwei Fahrspuren, nach Süden soll jetzt eine dritte Fahrspur geschaffen werden, zwei Linksabbieger und eine geradeaus gehende Fahrspur, jetzt kommen die Parkplätze auf der rechten Seite weg, meine Damen und Herren, dann gibt es nur mehr an und für sich den Gehsteig und der Gehsteig hat meines Wissens eine Breite von ungefähr 1.80 Meter bis 2 Meter, dann kommt das Wohnhaus, dann kommt das Wohnzimmer beziehungsweise das Schlafzimmer. Und da fahren tagtäglich dann, meine Damen und Herren, tausende Fahrzeuge vorbei, man rechnet an und für sich mit einem Aufkommen von Besuchern dort oder von Einkäufern von rund 10.000, zusätzliche 1.500 Pkw sollen diese Strecke dort frequentieren, ist für mich auch nicht ganz nachvollziehbar, wie das funktioniert. Und, Herr Stadtrat Rüschi, es gab am 23. Oktober eine Bezirksversammlung im Bezirk Lend mit rund 60 Anwesenden, Sie wurden durch den Herrn Baudirektor vertreten, Sie werden wahrscheinlich informiert sein welche Stimmung dort geherrscht hat, dafür bin ich dankbar, dass in diesem Antrag der 4. Dezember drinnen ist, wo es eine Informationsversammlung geben wird und Sie werden dort aus erstem Munde hören, wie die Stimmung an und für sich in diesen Bezirken Lend und Gries ist und meine Bitte geht dahin, wir wollen an und für sich dieses Bauwerk dort nachher, das errichtet wird, nicht verhindern, bringt Einnahmen für die Stadt, aber das Optimalste, was den Verkehr anbelangt, herauszuholen. Danke (*Applaus SPÖ*).

*Zwischenruf GRin. Edlinger: Du bist ein Mann für alle Fälle.*

GR. **Rajakovics:** Nicht ein Mann für alle Fälle, aber in dem Fall der Direktbetroffene, weil ich wohne dort zufällig, Idlhofgasse 2, ich bin genau noch in dem Einzugsbereich, wo man auch gefragt wird. Daher bin ich auch froh, dass es heute einen dringlichen Antrag gegeben hat, der an und für sich in der Form, weil ja sehr viel an Bürgerinformation nicht notwendig gewesen wäre, aber da die Kollegin Binder ja bereits mit allen möglichen Vorstellungen, wo sie selber auch nicht viel mehr Informationen gehabt hat, die Leute dort verunsichert, ist es, glaube ich, auch ganz gut, dass dann auch eine sachliche Information folgt, die, wie gesagt, eines dringlichen Antrages nicht bedurft hätte, weil der Gerhard Rüschi das sehr wohl in Vorbereitung hat und natürlich bei so einem großen Unterfangen die Menschen entsprechend informiert werden müssen. Und wenn ich mir die Sorge um die Lebensqualität in dem Viertel, Quartier oder wie immer man dazu sagt, wo ich auch wohne, anschau, dann sehe ich jetzt einmal unmittelbar durch eine Errichtung eines ECE nicht die großen Probleme, da könnte ich an viele Bauwerke dort erinnern, die in diesem Bezirk vielleicht sich besser einfügen, aber eher als Bordelle oder ähnliche Bereiche dienen und das ist nicht das, was ich glaube, was man als Stadtentwicklung für diesen Bereich dort vorsehen sollte. Das Zweite, es ist nicht irgendein großer deutscher Unternehmer, der ist auch Mitinvestor, es ist die Firma Leiner, ein österreichisches Unternehmen, das dort Initialzündung gegeben hat dazu, ein derartiges Zentrum zu errichten und, und das ist die Strategie und das hat mich grundsätzlich einmal eher positiv gestimmt diesem Einkaufszentrum gegenüber, die ECE wählt immer Standorte, die sehr zentral sind und die besonders mit dem öffentlichen Verkehr, Kollegin Binder, mit dem öffentlichen Verkehr vor allem erreichbar sein sollen. Nachdem du dir das angeschaut hast, was ist die Strategie von ECE, wo setzen die ihre Einkaufszentren hin, die setzen sie sehr zentral, möglichst mit dem öffentlichen Verkehrsmittel erreichbar und deshalb ist dieser Standort für so eine Art Einkaufszentrum besonders interessant, weil dort vier Grazer Linien von sechs direkt vor dem Eingang vorbeifahren. Das Zweite zum Thema Verkehr, ich glaube jetzt tatsächlich den Informationen, die wir als Anrainer dort bekommen haben, dass das Hauptinteresse, genau an dieser zu investieren, es ist, dass der Verkehr dort sowieso vorbeiführt und man von diesem Verkehr besonders auch profitieren möchte. Das Menschen, die Richtung Süden oder Richtung Norden unterwegs sind, dort abzweigen, weil es gibt von Süden herauf, wir haben bereits den City-Park, also wenn es darum ginge, dass Einkaufszentren in der Innenstadt besonders verkehrsentensive

Verkehrsströme verursachen, dann müsste ja durch die Kastnergarage und durch den Kastner jetzt die ganze Innenstadt verstopft sein. Nein, der Kastner holt natürlich jene ab, die entlang der Mur vorbeifahren. Das gleiche Konzept hat die ECE, vor allem der Eingang Richtung des öffentlichen Verkehrs und die Möglichkeit, mit dem Auto dort zuzufahren und abzufahren, sie rechnen in der Spitzenzeit mit 256 Ein- und Ausfahrten. Meine Information. Der Rest zur Umgebung, in dem dieses Zentrum entstehen soll, ist auch leicht erklärt. Faktum ist, dass dort vor allem in den Zeiten November bis Februar, wenn besonders Ball-Saison ist, die Verkehrssituation, vor allem die Parksituation für Anrainer sehr bescheiden ist, weil der Arbeiterkammersaal, wie Sie wissen, keine Garagen hat und dort bis zu 800.000 Besucher auch mit dem Pkw kommen und dann ab 19.00 Uhr für die Anrainer sowieso alles verparkt ist bis hinauf zum Gürtel. Das heißt, eine Garage, eine größere, die auch die Anrainer der Quergasse, und das habe ich auch den Betreibern bei der Versammlung schon einmal gesagt und ich glaube, sie werden auf das eingehen, wenn sie dort eine Garage machen, dann muss es auch eine entsprechende Parklösung geben für die, die in der Quergasse, in der Niesenberggasse etc. wohnen, weil vor allem die älteren Häuser, die dort stehen, haben ja keine Garagen selbst und wenn ich ihnen die Parkplätze wegnehme, jetzt fällt ja auch die Leiner-Privatgarage weg, dann brauche ich einen Ersatz dafür. Ich nehme an, bin mir sicher sogar, dass Sie auf diese Hinweise eingehen werden. Faktum ist es, dass das ein Einkaufszentrum im Prinzip in der Innenstadt ist und wenn man aus dem nicht lernt, dass die Stadt Graz nicht gut beraten war, sich da in diesen Wettbewerb einzumischen, wir haben geglaubt, wir können verhindern, dass Einkaufszentren am Stadtrand entstehen, das stimmt schon in einem Umfeld, so in Deutschland, wo dann auf Landesebene, auf Bundesebene Bauordnungen und Raumordnungen ernst genommen werden, dort hätten wir das vielleicht verhindern können, in der Steiermark geht gar nichts, weil da haben wir bereits jetzt bei Seiersberg wieder erlebt, dass wir, wenn wir als Stadt Graz etwas regeln wollten, die Unternehmer einfach an den Rand ziehen und dort wird eh nichts unternommen. Wenn der in Seiersberg das Gleiche macht, kann er machen, was er will, da kann man ihn darauf hinweisen mit Anwälten und was die Stadt Graz alles unternommen hat, das ist alles egal, das wird weggewischt, die bauen dort, was sie wollen. Das ist ein Zentrum, das im Prinzip im Verhältnis ein kleineres Einkaufszentrum zentrumsnahe ist und das ist genau das, was wir haben, Nahversorgung etc., wo man nicht das Auto braucht. Genau dort, ich habe ein

Einkaufszentrum, das genau diese Möglichkeiten bieten wird und deshalb verstehe ich nicht die große Aufregung darum, ich verstehe aber auch, dass natürlich die anderen Mitbewerber, würde ich auch als Unternehmer so wie Sie auch, wenn jemand anders sich als die Grünen bezeichnen würden, sich drüber aufregen würde, wollen die natürlich auch schauen, dass sie ihre Standortvorteile entsprechend nutzen können, weiter als City-Park und Kastner und Öhler in der Innenstadt natürlich konkurrenzlos zu bleiben, aber Faktum ist es, es ist ein Innenstadteinkaufszentrum mit einer optimalen Anbindung an den öffentlichen Verkehr und deshalb würde ich bitten, weil ich selbst Anrainer und Betroffener bin, dass man die ganzen Bürgerparkmöglichkeiten etc., dass man das entsprechend ernst nimmt, wie es auch Gerhard Rüschi tut, aber doch nicht mit irgendwelchen Geschichten und Verunsicherungen die Leute, die so ein Projekt einmal auch in Ruhe sich zu Gemüte führen wollen, dass man die von vornherein derart verunsichert, wie ihr das tut (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Vorweg, lieber Thomas, mir ist nicht bekannt, dass du bei der Info-Veranstaltung dort warst, die die Sigi Binder veranstaltet hat. Mir ist von Verunsicherung...

**Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.**

Mag. **Candussi**: Du warst gerade draußen und ich habe den Mund gehalten, machen wir es jetzt umgekehrt bitte, ok? Ab dem Bekanntwerden, dass das ECE plant zu kommen, sind bei uns immer wieder die Anfragen an den Klub gekommen, was wisst ihr, wir haben nichts anderes gemacht, als diese Information weitergegeben, die wir bekommen haben, das war diese große Broschüre von ECE, da war nichts Böses drinnen, nichts anderes drinnen, sondern das plus die Erfahrung, die man in Klagenfurt mit dem ECE gemacht hat und die ist evident, aber das ist eine Geschichte

und weil ich jetzt gerade bei der Replik auf dich bin, mache ich dort weiter. Es ist lustig, dass du sagst, es ist das Einkaufszentrum, wo eh die Straßenbahn vorbeifährt und deshalb wird niemand mit dem Auto kommen und im Stück steht aber, dass es trotzdem eine Verkehrszunahme von 10 bis 20 % nicht zuletzt auch durch das ECE geben wird. Nicht zuletzt bauen die auch deshalb 1500 Stellplätze oder wollen sie bauen, sagen wir so. Es sagt kaum jemand, ich fahre jetzt gerade der Mur entlang und deshalb schau ich gerade beim Kastner rein. Du hast das ungefähr gerade so dargestellt, zufällig bin ich gerade an der Mur und deshalb gehe ich zum Kastner, die meisten Leute werden schon gezielt hinfahren. Aber eigentlich wollte ich anders anfangen. Eines der Lieblingsworte meiner Schülerinnen und Schüler ist zur Zeit das Wort der Sickerwitz. Ein Sickerwitz für alle, die es nicht wissen ist, ist der Witz, den einer erzählt und wo es dann einmal 20 Sekunden still ist und dann sagt irgendjemand, hoho, weil dann hat er es kapiert. Warum fällt mir der Sickerwitz heute ein? Das ist manchmal der Lehrer, das stimmt, manchmal lacht der Lehrer gar nicht, weil er das nicht witzig findet, worüber die Schüler lachen, aber das soll auch vorkommen. Aber warum fällt mir das Wort Sickerwitz heute ein? Sigi Binder hat es schon angedeutet, vor dem Sommer völliges Unverständnis über das, was wir in der Sache wollten, dann waren in der letzten Gemeinderatssitzung auch die Sozialdemokraten bereit, da mitzugehen und heute ist es, so wie es aussieht, ein einstimmiger Beschluss. Vor wenigen Tagen hat der Wirtschaftsstadtrat gesagt, stellt diese Störmanöver ein und heute beschließt seine Fraktion dieses Störmanöver selbst mit. Das ist ein Sickerwitz. Das was mich schon sehr verwundert hat, und ich möchte jetzt zuerst gar nicht so auf die Verkehrssituation und auf diese Detailprobleme, die es mit dem Projekt gibt, eingehen, ich denke mir, es gibt ein fundamentales Missverständnis. Die Stadtregierung hat, wie sie das ECE-Projekt präsentiert hat, gesagt, das ist die Antwort auf Seiersberg.

***Zwischenruf StRin. Kaltenbeck: Nicht alle. Ich hab das nie gesagt.***

Mag. **Candussi**: Die Leute, die es dort präsentiert haben, haben gesagt, das ECE, die Stadtgalerie ist die Antwort auf Seiersberg und da ist mir der Umberto Eco eingefallen, eines meiner Lieblingszitate und der Grund, warum ich bei den Grünen bin, der sagt, es gibt für jedes noch so komplexe Problem eine einfache Lösung und die ist falsch. Die einfache Lösung, Antwort auf Seiersberg, heißt, mindestens ein Einkaufszentrum dazu in die Stadt und ich glaube, diese Antwort ist zu einfach und deshalb ist sie falsch. Meines Erachtens wäre die Antwort auf Seiersberg eine Regionalplanung, eine Regionalplanung, die Seiersberg miteinschließt, die die Region mit einschließt, der Bürgermeister selber hat gesagt, er wird sich massiv dafür einsetzen, dass man ein Regionalparlament kriegt. In die Richtung ist nichts weitergegangen. Die Antwort auf Seiersberg heißt nicht zusätzliche Einkaufszentren in der Stadt, sondern die Antwort auf Seiersberg heißt eine Regionalplanung, eine gemeinsame Planung einer Region, in der, je nachdem wie groß man sie sieht, zumindest 500.000 Leute wohnen und in der die Konkurrenz über die Stadtgrenzen hinaus nicht mehr sinnvoll ist, weil die Stadtgrenzen im Planungsgedanken nicht mehr existieren. Das wäre die Antwort auf Seiersberg. Von einem gegenseitigen Niederkonkurrenzieren, wo man am Schluss entweder eine Ruine in Seiersberg oder eine Ruine am Bahnhofgürtel habt, von der hat keiner was und die Kaufkraft wird im ganzen Raum nicht wesentlich steigen, dass alle diese Einkaufszentren, die da in der kommenden Zeit geplant und gebaut und vergrößert werden, leben werden können. Der zweite Punkt, der meiner Ansicht nach ziemlich falsch ist, ist die Vorgangsweise, die man wieder einmal gewählt hat und das ist ein DejaVu, das man regelmäßig hier herinnen hat. Ein Investor präsentiert ein Projekt, die Mehrheit der Stadtregierung ist Feuer und Flamme, präsentiert es, Leute, die das hinterfragen wollen, werden gleich einmal als Kritiker, als politische Störmanöver abgetan und dann probiert man, welcher Schuhlöffel ist groß genug, damit man dieses Projekt, so wie es sich die Projektwerber wünschen, da hinbringen kann, wo es sich die Projektwerber wünschen. Es ist scheinbar nie die Frage gestellt worden, welche Dimension ein Einkaufszentrum, und damit wir uns verstehen, ich habe nichts gegen ein Einkaufszentrum am Bahnhofgürtel, es ist scheinbar nie die Frage gestellt worden, welche Dimension eines Einkaufszentrum verträgt die Stadt an diesem Platz, ohne dass wir die Straßen künstlich ausweiten müssen, ohne dass wir schauen müssen, wo man zusätzliche Fahrspuren reinquetschen muss und wo wir schauen können, wie wir das einigermaßen, Schadensbegrenzung nennt man das dann, Schadensbegrenzung nicht gewinn- sondern schadensbegrenzend machen

können. Meines Wissens, und das wurde mir von Leuten, die da irgendwie auch dabei waren, bestätigt, ist nie die Frage gestellt worden oder zumindest nie ernsthaft diskutiert worden mit ECE, wie weit könntet ihr euer Projekt redimensionieren oder schauen wir, wie könntet ihr euer Projekt redimensionieren, damit es dort besser geht. 60.000 m<sup>2</sup> ist die Minimallösung wurde meines Wissens gesagt, 1500 Stellplätze sind die Minimallösung, und über anderes wird nicht verhandelt, wurde meines Wissens gesagt und die Stadt ist darauf eingestiegen. Und jetzt stehen wir wieder da und jetzt können wir quasi wieder hintennach versuchen, Schadensbegrenzung zu betreiben. Gestern im Planungsausschuss haben wir einen Informationsbericht gehört und der Stadtrat hat gesagt, er hat vor, mit 30. November den Bebauungsplan zur Auflage zu bringen. Einen Bebauungsplan, von dem er zur Zeit noch sagt, die Gestaltung des öffentlichen Raums ist aus seiner Sicht inakzeptabel. Ob er das bis zum 30. schafft und wie er es schafft, werden wir, bevor er die Auflage beschließt, nicht erfahren, denn bis dahin gibt es keinen Planungsausschuss mehr und es ist auch eine neue Qualität, dass wir eigentlich über den Letztstand der Erläuterungsberichte vor der Auflage nicht informiert werden. Jetzt steht im Erläuterungsbericht, es gibt Verschlechterungen für FußgängerInnen, es gibt de facto schlechtere Bedingungen für die Anrainerinnen und Anrainer, weil die Umweltbedingungen schlechter werden, das ist nicht meine Erfindung, das steht im Stück, wenn man das Stück liest, stellt man fest, dass auch die Rahmenbedingungen für den ÖV, es steht drinnen, nicht besser werden, ich sage, die Rahmenbedingungen werden durch mehr Verkehr sicher nicht besser, sie werden eher schlechter. Es gibt noch gar keine Antwort auf mögliche steigende Personalfrequenzen beim Hauptbahnhof mit zunehmendem Pendlerverkehr und aus diesem Grund, denke ich, ist die Auflage des Stücks mit 30. deutlich verfrüht und ich ersuche den Stadtrat Gerhard Rüschi noch einmal auf diesem Weg, das zu überdenken und die Auflage, das was hier im dringlichen Antrag gefordert ist, zu erledigen und dann an die Auflage zu gehen und dann können wir, sofern die Sachen dort einigermaßen geregelt sind, gemeinsam an die Information beziehungsweise in die Diskussion gehen und dann können wir das, wie es ja eigentlich sein sollte, einen Bebauungsplanentwurf gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt rechtfertigen. So sind wir wieder einmal gezwungen, einen Entwurf, den die Stadt an die Öffentlichkeit trägt, zur Diskussion an die Bürger heranträgt, gleich von vorneherein in sehr vielen Punkten zu kritisieren, weil sie einfach zur Zeit nicht geklärt sind. Lieber Gerhard Rüschi, ich

ersuche dich wirklich, ich freue mich, dass dieser Antrag heute von allen Parteien drübergeht, Gerhard Rüschi, ich ersuche dich darüber hinaus, mit der Auflage dieses Bebauungsplans zu warten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Hoher Gemeinderat! Die Antwort auf Seiersberg ist nicht das ECE, sondern ist eine intensivierete Regionalplanung. Meine Feststellung, die Antwort auf Seiersberg ist ECE und auch unter der Bedingung, weil Seiersberg gerade dabei ist, um 20.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche auszuweiten. Und das, und damit denke ich, ist der Inhalt zu diesem Zusammenhang angeschnitten und das mit Bewilligung des Landes. Aus meiner Sicht ist eine Regionalplanung unter den derzeitigen Bedingungen nie erfolgreich. Solange wir keine funktionierende überörtliche Raumordnungspolitik haben und die haben wir nicht, ist nicht ÖVP und war auch nicht ÖVP, sehr, sehr lange nicht, solange wir diese funktionierende überörtliche Raumordnungspolitik nicht haben, müssen wir, wenn wir etwas dagegensetzen sollen, das im eigenen Bereich tun. Aus meiner Sicht ist die übergeordnete Raumordnungspolitik im Wesentlichen die Summe der Einzelinteressen aller Bürgermeister rund um Graz, nur nicht des Bürgermeisters von Graz und ein Beweis dafür oder ein Hinweis darauf ist ja, dass sehr viele dieser Bürgermeister im Landtag sitzen. Ich denke, dass das eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt Graz für eine überörtliche Raumplanung ist. Ich glaube, dass das ECE sehr wohl eine Antwort auf Seiersberg ist, ich glaube aber noch viel mehr, dass ECE eine große Chance für den Innenstadtbereich ist und auch für die Annenstraße. Das ist aus meiner Sicht nach wie vor im Wesentlichen der Kern für das Engagement für diese Investition. Ich finde es einfach ein bisschen lächerlich, einfach darzustellen, die Wirtschaftskammer will irgendetwas und das ist ein einheitlicher Wille und wir tun ausschließlich das. Ich kann sofort durchaus sehr namhafte Personen, die in der Wirtschaftskammer organisiert sind, nennen, die sehr kritische dem Projekt gegenüberstehen. Eine davon ist etwa der Eigentümer eines Einkaufszentrums das sich neben dem geplanten ECE-Stadtgebiet befindet, der überhaupt nicht einverstanden ist und soviel ich weiß, ebenfalls der Wirtschaftskammer angehört. Also so einfach liegen die Interessenslagen nicht und ich denke mir, dass wir hier von Seiten der Stadt durchaus immer noch unseren eigenen Stempel auflegen. Es

sind so viele Informationen gekommen, die ich im Detail widerlegen möchte. Es ist schon gesagt worden, dass es eine Informationsveranstaltung von dir, liebe Sigi Binder, gegeben hat und wir haben heute erfahren, dass die Grundlage dieser Informationsveranstaltung die Broschüre von ECE war. Wie kann es dann sein, dass das Ergebnis dieser Informationsveranstaltung eine Kritik an der Verkehrsplanung ist, die Verkehrsplanung war zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht fertig und ich denke, dass es auch Ausdruck einer Pflichtübung der Stadt ist, das ist nicht einmal eine Kür, sondern eine Pflichtübung einer Stadt, dass bei einer derartig großen neuen Flächennutzung sich die Verkehrsplanung selbstverständlich sehr, sehr gründlich Zeit nimmt und mit Experten versucht, hier eine Lösung zu finden, die tragbar ist. Vielleicht zunächst ein Hinweis auf die Größenordnung. Das ECE wird nicht 60.000 m<sup>2</sup> Nutzfläche haben, wir haben dort derzeit schon 30.000 m<sup>2</sup> Nutzfläche, 20.000 kommen dazu, sind 50.000 und 5.000 m<sup>2</sup> sollen für die Gastronomie bereitgestellt werden. Zum Verkehrskonzept: Meine Vorgabe für das Verkehrskonzept war, eine Verkehrslösung zu finden, die nicht nur für das ECE, sondern auch für die erwartete Nutzungen der Reininghausgründe, für die erwartete Nutzung um den Gürtelturm und auch im Bahnhofsbereich Gültigkeit hat und das Ergebnis dieser Verkehrsstudie ist, dass es insgesamt zu 10 bis 20 % Veränderungen kommt, Zuwächsen kommt, die Verkehrsplaner halten auch in dem von dir zitierten Bericht, lieber Hermann, ausdrücklich fest, dass aus ihrer Sicht diese Lösung möglich ist. Ich habe diesen Bericht trotzdem nicht so akzeptiert, ich habe ihn nicht akzeptiert, habe das auch gestern ausgeführt, weil aus meiner Sicht zwei weitere Dinge geklärt sein müssen und zwar das ist die Aufteilung des Straßenraumes zwischen dem Bahnhofgürtel, die dritte Spur kann ja im Wesentlichen dadurch hergestellt werden, dass die anderen Spuren durchaus im Rahmen des Möglichen reduziert werden, aber ich möchte gerne eine andere Aufteilung, damit eben nicht 1,50 Meter Gehsteig ist und daneben die Lkws vorbeirauschen, sondern dass dazu auch noch eine Parkspur Platz hat. Das ist meine weitere Vorgabe, die ich gemacht habe, und wir werden selbstverständlich für die Bewohnerinnen und Bewohner in der Niesenberggasse im Zusammenhang mit den Verhandlungen von ECE eine Lösung über die Parkplatzsituation bekommen. Ich möchte auch, dass hier keine falschen Vorstellungen entstehen, am Bahnhofgürtel haben wir derzeit, unter den derzeitigen Bedingungen 45.000 Fahrzeuge und diese Zahl von 45.000 auf 50.000 erhöht wird, das ist, kann es nochmals sagen, durch die zusätzliche Spur möglich und diese

zusätzliche Spur ist auch von den Verkehrsplanern durchaus als realistisch, auch von der Leistungsgegebenheit als akzeptabel bezeichnet worden. Mit dieser neuen Aufteilung der Gestaltung am Bahnhofgürtel wird es möglich sein, dass für die Fußgänger sich die Situation nicht verschlechtert gegenüber derzeit. Ich möchte gerne zuletzt noch zur Auflage kommen, weil hier nochmals der Vorschlag gemacht wurde, mit der Auflage zu warten. Die Auflage ist für 30.11. vorgesehen und ich habe auch gestern gesagt, dass bis zu diesem Zeitpunkt diese zwei Punkte, nämlich der unmittelbar südliche Bereich von der Annenstraße und die Parkplatzsituation geklärt sein müssen, ich habe auch gesagt, wie das möglich ist. Ich denke, dass in diesem Zusammenhang die Auflage sehr wohl richtig und wichtig ist, es bleibt genügend Zeit, bis Mitte Jänner etwa auf kritische Punkte, die von Gemeinderatsfraktionen kommen, die von außen kommen, von der Arbeiterkammer, von der Wirtschaftskammer, von wem auch immer, darauf einzugehen und unter diesen Umständen kann diese Auflage dann jedenfalls zu einem Einbringen des Gemeinderatsbeschlusses in den Ausschuss Ende Jänner dann erfolgen. Ich denke, dass diese Vorgangsweise durchaus fair ist und auch durchaus angepasst diesem vorgeschlagenen Einkaufszentrum, ich bleibe dabei, dass wir gleichzeitig, und das wird auch unser Anliegen sein, für die Annenstraße das schon begonnene Projekt fertigstellen sollen, werden uns da sehr, sehr bemühen, dass das gleichzeitig fertiggestellt wird, damit auch die Anrainer und Anrainerinnen, auch die Geschäftsleute in der Annenstraße ihre Chance haben. Eines ist klar, dass ein derartiges Projekt Strukturen verändern wird, ist außer Streit und mir ist auch klar, dass nicht alle diese Veränderungen mitmachen werden können, aber es gibt neue Chancen dafür und insgesamt ist das sicherlich ein Beitrag, der für den innerstädtischen Bereich sehr Positives leisten kann. Wie oft, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie oft haben wir diskutiert darüber, dass die Innenstadt ganz, ganz massiv unter Druck kommt durch Stadtrand und durch Einkaufszentren außerhalb der Stadt. Jetzt haben wir die Möglichkeit, hier mit einem attraktiven neuen Einkaufszentrum einen Teil dieser Attraktivität wieder zurückzuholen und ich denke, dass wir alles tun sollten, um unter den gegebenen Rahmenbedingungen und ohne große städtebaulichen Verschlechterungen diese Chance ergreifen sollen, ich denke, dass es ein guter Beitrag ist (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin immer wieder erstaunt darüber, dass Menschen, die zwar bei keiner Veranstaltung dabei waren, genau wissen, was bei der Veranstaltung stattgefunden hat, welche Informationen da gegeben wurden und, Gerhard Rüschi, ich kann dich beruhigen, es gab diese und gibt sie noch immer diese wunderbare Broschüre von ECE, die durchaus einiges an Informationen hergibt. Diese Broschüre kannten die Menschen nicht und nachdem bei uns ständig irgendjemand angeklopft und angeläutet hat und gefragt hat, was ist los, was soll da kommen, haben wir uns bemüht gefühlt, einmal Menschen einzuladen, um ihnen die Broschüre zu zeigen, das haben wir gemacht und wir haben versucht, eine sehr sachliche Information darüber zu geben, was hier geplant ist. Das war das eine und das andere, lieber Gerhard Rüschi, du wirst uns das Denken irgendwie nicht absprechen können. Wir haben nicht die Verkehrslösung kritisiert bei der Veranstaltung, weil es gab ja keine Verkehrslösung, wie du richtig sagst, aber was wir getan haben, war selbständig zu denken. Nämlich uns das anzuschauen, was hier geplant ist, die Ist-Situation noch einmal sich zu vergegenwärtigen, was läuft dort an Verkehr, wie viel Menschen leben dort und was bitte könnte das für Auswirkungen haben, auch immer im Konjunktiv, was könnte das für Auswirkungen haben, wenn es ein Einkaufszentrum geben wird mit 1.500 Stellplätzen. Also unterstelle uns nicht irgendeine Informationsweitergabe, die von unserer Seite so nicht durchgeführt wurde und das Gleiche gilt natürlich für dich, Herr Kollege Thomas Rajakovics, am besten du kommst halt einmal zu mir und fragst mich, was hast denn du dort gesagt, aber das kannst du offenbar nicht, das schaffst du nicht und so ist es dir viel angenehmer, jemanden hinunterzumachen und hinunterzutragen, das ist eine sehr unangenehme Eigenschaft. Zu der letzten Äußerungen von dir, Gerhard Rüschi, wo du gesagt hast, wie oft haben wir diskutiert, ja wir haben oft diskutiert, aber was gefehlt hat, war, eine Antwort findet sich nicht so einfach, gefehlt hat irgendwie so die Vision, was wollen wir in dieser Stadt, wie soll denn das ausschauen, wenn rundherum Einkaufszentren in die Höhe schießen. Wie schaffen wir es, gemeinsam eine sinnvolle Antwort zu finden, aber jetzt war das große Glück plötzlich da, scheint es jedenfalls, dass von außen ECE kommt und sagt, liebe Herrschaften, wir bauen euch ein super Einkaufstempel daher und ihr habt ihn mit beiden Armen aufgenommen, das ist mein Vorwurf, dass ihr, und das hat ja auch der Hermann Candussi vorher gesagt, dass nichts überlegt worden ist, sondern von außen ist das große Glück plötzlich gekommen und jetzt ersparen wir

uns das Überlegen und wir ersparen uns auch, weiterhin zu überlegen, welcher gestaltende Faktor wollen wir denn sein mit unserer Stadt und in unserer Stadt. Entschuldigung, bin ich da sehr emotional, weil mich so etwas wirklich aufregt, wenn man dann so unkritisch und unhinterfragt, ja ich werfe jetzt auch etwas vor und bitte, trotzdem nicht beleidigt zu sein, aber unhinterfragt einfach etwas mit beiden Armen aufnimmt, das macht mich irgendwie nervös in dieser Stadt und sei es einmal so (*Applaus Grüne*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Meine Damen und Herren! Es ist mehrfach auf die Sorge hingewiesen worden, wie ist es mit Standortverlegungen bereits ansässiger Betriebe, wie ist es mit den Arbeitsplätzen, wie ist es mit den Kundenströmen. Natürlich gibt es auch für dieses Projekt Prognosen und Erwartungen, aber Prognosen bleiben nun einmal Prognosen, aber es gibt bereits Beispiele, wo im Vorfeld natürlich auch ähnliche Sorgen sowohl von der ansässigen Wirtschaft, aber auch von der Politik artikuliert wurden, aber es gibt für diese Projekte auch bereits die Erfahrungen und ich darf vielleicht kurz auf die City-Arkaden in Klagenfurt hinweisen, selbstverständlich hat es dort auch diese Sorgen gegeben. Die Wirtschaftskammer Kärnten hat im Nachhinein in einer Studie darauf Bezug genommen und ist zum Ergebnis gekommen, dass die City-Arkaden Klagenfurt bei weitem nicht die befürchteten Negativauswirkungen auf den innerstädtischen Handel hatten. Bei der Vermietung der 120 Geschäfte dort ist es lediglich zu drei Standortverlagerungen gekommen, dabei hat es sich um einen regionalen Einzelhändler sowie um zwei internationale Filialisten gehandelt, die eine Standortverbesserung jeweils ihrer Filialen herbeiführen wollten und was besonders wichtig ist, das Angebot der City-Arkaden war geringer als die Nachfrage von Unternehmen, die sich dort ansiedeln wollten und die haben sich erfreulicherweise im Umfeld angesiedelt, also nicht irgendwo, sondern im Umfeld dieses Einkaufszentrums und das wäre auch mein Wunsch für Graz, es ist unser Wunsch für Graz, dass das ebenfalls passiert, dass die Nachfrage größer sein wird als das Angebot und dass beispielsweise in der Annenstraße hier so ein positiver Effekt eintreten kann. Und es gibt verschiedenste Pressemeldungen zugegebenermaßen von Deutschland, aber dort sind ja die Voraussetzungen, nämlich die Sorgen, die auch bei uns artikuliert werden, ja nicht

anders und da gibt es überwiegend nur positive Meldungen, da ist die Rede von einem Glücksfall für die Stadt, da ist die Rede nunmehr ist es eine Stadt, wo man hinfahren kann, es sind jeweils andere Einkaufscenter. Da ist die Rede davon, dass die City-Arkaden, in dem Fall in Wuppertal, einfach eine Bereicherung sind und man ist sich einig darüber, dass heute mehr Käufer durch Eberfeld tigern. Es ist die Rede davon, dass durch das Kornmarktcenter beispielsweise die Region sich sehr positiv entwickelt hat und Menschen mit Kaufkraft angezogen werden und die Befürchtung, dass die Altstadt weniger attraktiv wird, bei weitem und überhaupt nicht eingetreten ist und auch Umfragen über dieses Center gibt es mit der Fragestellung, kommen Sie heute öfter, gleich oft oder weniger oft als vor Eröffnung des Centers in die Innenstadt, da lautet die Antwort: 7 % kommen weniger oft, 34 % gleich oft und 51 % öfter. Ergänzend darf ich noch darauf hinweisen, dass es eine Einzelhandelsstrukturanalyse für die Landeshauptstadt Graz gibt, die die HNG in Auftrag gegeben hat und hier heißt es auf Seite 128, gleichzeitig sollte in Anlehnung an die Erfahrungen und aus der Konzeptionierung und Planung von modernen Shoppingcentern versucht werden, an geeigneter Stelle die Voraussetzungen zur Ansiedlung eines zweiten beziehungsweise auch dritten vergleichbaren Magnetbetriebes, und hier war der Hinweis auf Kastner und Öhler, zu schaffen, wobei hier an ein innerstädtisches Einkaufszentrum zu denken wäre. Und dann steht weiters: Geeignete Standorte wären im Sinne einer achsialen Ausrichtung der Einkaufslagen der Bereich um den Hauptbahnhof von Graz sowie der Bereich um den Jakominiplatz. Also auch in diesem Sinne entspricht das Projekt durchaus den Notwendigkeiten in unserer Stadt. Und zur derzeitigen Vermietungssituation bei der geplanten ECE Stadtgalerie sind natürlich nur Vorverträge, weil das Projekt selbst ist ja noch nicht unter Dach und Fach, da gibt es noch die ganzen Verfahren und vieles mehr, worüber wir heute reden, teilt ECE mit, dass diese Vorverträge, dass es eben diese gibt und dass sie sich schon sehr freuen darüber über die positive Resonanz aus dem Handel und bei den bereits abgeschlossenen, aber auch bei den Mietverträgen, aber auch bei den Verträgen, die noch in Verhandlung stehen, gibt es keine einzige Standortverlagerung oder Absiedelung in Graz nach dorthin. Es handelt sich ausschließlich um Neuansiedlungen oder die Eröffnung von weiteren Filialen. Ich denke, das alles sind Faktoren und Prognosen, keine Frage, aber es gibt positive Beispiel, ich hoffe, dass wir die Voraussetzungen schaffen können, dass auch dieses Projekt, dieses geplante Projekt so positiv verläuft und sich so gut

entwickelt, wie es andere Beispiele zeigen und ich bitte einfach, darüber politische Störmanöver zu unterlassen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker:** Politische Störmanöver sind also Einmischungen, weil man sich Sorgen macht, das sind politische Störmanöver, wenn man das demokratische Recht wahrnimmt zu einer Frage, die uns alle hier betrifft und alle bewegt, eine andere Meinung zu haben, sind das politische Störmanöver, tut mir leid, dieser verkürzten Darstellung kann ich nicht folgen. Es gibt überhaupt in dieser ganzen Argumentation, es ist natürlich klar, man kann die Informationen so auseinander klauben, wie man sie gerade braucht in der Argumentation. Diese Studie, die du erwähnt hast, Detlev, über die der Stadt angetragene und vorgeschlagene weitere Ansiedlung eines Einkaufszentrums ist zufällig von einer Tochter der ECE gemacht worden, das ist schon ein bisschen zufällig, dass dann genau so etwas in diese Richtung vorgeschlagen wird, das ist ein bisschen hinterfragenswert. Es wird hier herinnen extrem zynisch argumentiert, wenn es um die Verkehrsfrage geht, das ist das, was mich am meisten aufregt. Wenn der Herr Kollege Rajakovics sagt, da sind eh schon viel Leute mit dem Auto unterwegs, wir würden in anderen Stadtteilen anders diskutieren. Ich glaube, dass es schon damit zusammenhängt, dass wir da an einem Ort sind in der Stadt, der offensichtlich schon aufgegeben ist für die Bewohnerinnen und Bewohner, die dort leben. Wir leben da zufällig im Bezirk Gries, in einem Bezirk, der, ich lebe zum Beispiel auch dort, in dem die Verkehrsbelastung sowieso schon enorm ist, da leben halt zufällig die Leute, die sich höchstwahrscheinlich nicht in dem Ausmaß einbringen wie unsere Villenbesitzer in Graz, weil sie andere Zugänge haben, zufällig oder? Die Diskussion würde ganz anders laufen, wenn man sie in einem der Bezirke hätten, wo Leute leben, die sich lauter artikulieren beziehungsweise stärker vertreten sind in den diversen Lobbys dieser Stadt. Also das ist ein bisschen sehr zynisch, was dort läuft und ob das jetzt 5.000 Autos mehr sind oder 10.000 Autos mehr, bei 1.500 Stellflächen kann man sich das ja ungefähr hochrechnen, dann ist das jedes Auto zuviel für einen extrem belasteten Standort, wie er jetzt schon dort vorhanden ist. Der zweite Punkt, der auffällig ist, nämlich genau im Gegensatz zu diesen politischen Störmanövern, die da ständig kommen, ist das Wort selbstverständlich, das man vom Herrn Stadtrat Rüschi in dieser Sache

ständig hört. Wieso geht eigentlich die ÖVP heute bei einem Antrag mit, von dem uns die letzten zwei Male erklärt wird, dass das eh alles selbstverständlich ist, das zu überprüfen. Offensichtlich seht ihr inzwischen auch einen Bedarf, gewisse Fragen vorab zu klären, das ist ein enormer Fortschritt, gratuliere dazu, aber selbstverständlich scheint hier nichts zu sein. Also das Wort selbstverständlich in dem Zusammenhang ist nicht angebracht.

**Zwischenruf GR. Schönegger: Weil es eh drinnen steht.**

GRin. **Rücker:** Aber wieso geht ihr dann mit mit einem dringlichen Antrag. Das ist doch interessant, offensichtlich hat da niemand Vertrauen, dass das dann auch wirklich auch so geht. Das heißt, in dem Sinn habt ihr gelernt und wir freuen uns darüber, aber ich würde mir wünschen, dass man etwas weniger zynisch in dieser Sache argumentiert, das ist eine grundlegende Frage, wem nutzt dieses Center und wer hat dabei einen Schaden und auf diese Leute müssen wir genau hinschauen und das ist unsere Verantwortung als Gemeinderat.

Bgm. Mag. **Nagl:** Hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, meine Damen und Herren! Ein paar Antworten gebe ich jetzt einmal, und Frau Gemeinderätin Rücker, wenn Sie zum Schluss jetzt sagen, die ÖVP möge nicht zynisch hier argumentieren, polemisch und zynisch waren aus meiner Sicht in erster Linie die Wortmeldung Ihrer Fraktion und wir haben sehr versucht, sachlich zu bleiben, ich will das auch versuchen (*Applaus ÖVP*). Wenn Sie die Frage stellen, warum die Volkspartei heute der Dringlichkeit zustimmt und das letzte Mal nicht, habe ich eine Antwort darauf. Wir haben das diskutiert. Wir hätten das letzte Mal, falls es eine Dringlichkeit gegeben hätte, die hat es nur nicht gegeben bei 25 : 25, dem Antrag auch zugestimmt, aber nicht der Dringlichkeit, weil vieles gut vorbereitet ist und wir es auch nicht permanent zulassen wollen, dass ein Kollege Rüschi, der ein

Megaressort verantwortet und nicht nur einen Bebauungsplan und eine Widmungsänderung in der Woche zu bearbeiten hat, sondern Tag und Nacht mit seinen Abteilungen arbeitet auch, hier vieles gut vorbereitet hat und man quasi immer vorgeführt wird so nach dem Motto, an das hat er nicht gedacht und an das hat er nicht gedacht und das wird immer ihm unterstellt, obwohl er, glaube ich, in den letzten Jahren bewiesen hat, dass er von dem Geschäft wirklich was versteht (*Applaus ÖVP*) und dass es gerade der Kollege Rüschi ist, der das Wort Bürgerbeteiligung ernster nimmt als die meisten anderen Politiker, die ich auf dieser Welt kenne, und jetzt komme ich zur Dringlichkeit. Warum ist es heute für uns dringlich? Es ist dringlich geworden, weil Ihre Fraktion eine Informationsveranstaltung macht, dann hätte ich gleich ECE eingeladen, wenn ihr eh nichts anderes vorgehabt habt, als das Projekt der ECE vorzustellen. Aus meiner Sicht ist es darum gegangen und auch medial darum gegangen, ein Projekt politisch auszuschlachten. Und jetzt möchte ich was dazu sagen, und Frau Gemeinderätin, Sie haben heute gesagt, Sie wollen mein Zitat, ich gebe es Ihnen dann noch einmal und das ist, glaube ich, jetzt ganz wichtig: Wenn du kritisiert wirst, dann musst du irgendetwas richtig machen, das war der erste Satz und ich beziehe ihn jetzt auf die ÖVP, auf den Vorschlag von ECE, ich habe es mitpräsentieren dürfen, da komme ich auch noch dazu zum Nagl-Denkmal und zu dem, was Gerhard Rüschi ausarbeitet, weil Sie so laut aufschreien, machen wir etwas richtig, so interpretiere ich und dann gibt es noch was (*Applaus ÖVP*), Frau Binder, denn man greift nur denjenigen an, der den Ball hat. Und jetzt möchte ich Ihnen sagen, für den Fall, dass Sie sich auch angegriffen fühlen, es gibt manchmal auch die Möglichkeit am Spielfeld, wenn man den Ball hat, dass alles rundherum ganz nervös wird, weil alle wissen, dass sie in die falsche Richtung laufen und dass sie vielleicht ein Eigentor schießen. Und dazu möchte ich jetzt nämlich was sagen. Wir haben in unserer Stadt Graz ein Entwicklungskonzept, das darauf abzielt, dass wir Einkaufszentren, hier im Gemeinderat beschlossen, dass wir Einkaufszentren hier im Zentrum der Stadt, aber auch in gewachsenen Stadtteilzentren unterstützen. Am Bahnhof gibt es dann nicht neu ein Einkaufszentrum, sondern am Bahnhof gibt es im Moment schon viele Einkaufsmöglichkeiten und dieses Projekt wird nicht von irgendjemandem nur aus Deutschland betrieben und vorgebracht, sondern die ECE-Gruppe ist dazugekommen, weil C&A und das Unternehmen Leiner da draußen schon solche Probleme haben und das ganze Umfeld der Annenstraße, dass sie gesagt haben,

wenn wir nicht irgendetwas jetzt tun, dann wird dieser Standort irgendwann einmal von uns aufgegeben. Und ich frage Sie, was ist denn Ihr Vorschlag zur Rettung der Annenstraße und des gesamten Bezirks (*Applaus ÖVP*)? Wir haben in den letzten Jahren erlebt durch EU-Urban-Projekte, dass es immer wieder einer Anstoßfinanzierung, eines besonderen Projektes bedarf, damit Viertel, denen es nicht mehr so gut geht, wieder einen Aufschwung erleben. Das ist uns gelungen, auch mit städtischer Hilfe, mit EU-Geldern und ich bin sehr froh darüber, dass wir jetzt einen Investor haben, der bereit ist, an einem solchen Standort eine Summe von über 200 Millionen Euro auch sehr professionell in die Hand zu nehmen, um diesem Bezirk auch wieder Leben, auch mit Lebensqualität, einzuhauchen. Und die wissen selbstverständlich, dass es ein gutes Verkehrskonzept geben muss, sie wissen aber auch, und das freut mich so an dem Unternehmen ECE, ich weiß jetzt nicht, wie gut Klagenfurt schon läuft oder nicht, aber dieses Unternehmen hat eines gemacht, es hat den Wünschen aller Stadtregierungen und Gemeinderäten entsprochen, dass man endlich wieder Einkaufszentren mittel- bis langfristig so positioniert, dass sie im Stadtkern herinnen sind und ich betrachte die Annenstraße und den Bezirk Lend als Innenstadtbereich und wir haben eine Riesenchance, dort gibt es den Bahnhof, dort gibt es die öffentlichen Verkehrsmittel und jeder, der herkommen wird, wird auch hereinwollen in die Herrengasse etc, das muss man eh ausdiskutieren, weil die Sorgen und Ängste jedes Händlers heute verständlich sind, ich bin auch einer, nachdem es so viele Quadratmeter und so viele Flächen gibt, fragt man sich sowieso wie das gehen kann. Wir sollten eher darüber nachdenken, wie wir die Einkaufszentren, die wir jetzt haben miteinander verbinden. Wie wir das überregional bewerben und wie wir dann auch Kaufkraft anziehen, damit das dann auch ausreichend ist, von Slowenien, von Kroatien, von Kärnten, von Italien, von Ungarn, von immer woher, aus Wien, es ist ganz, ganz wichtig, dass wir uns als Handelsstadt wieder positionieren. Ich weiß, dass es manche schon bald nicht mehr hören können, aber wir haben vier Figuren und Allegorien, die für Graz stehen, hier vor unserem Rathaus, genau hinter mir und eine davon ist der Handel neben der Industrie, die auch professionell unterwegs ist. Und ich bin dankbar dem Herrn Klubvorsitzenden Karl-Heinz Herper, dass er auch, obwohl und da gehen die Wogen gleich hoch und ich verstehe die Sorge jedes Bezirksvorstehers etc., dass wir uns heute aber noch einmal zusammengesetzt haben, eine Formulierung gefunden haben, wo man eine Unternehmensgruppe als Investor nicht einfach vor den Kopf stößt und gleich

aggressiv gegen sie vorgeht, sondern dass man da sagt, das ist uns wichtig, wir demonstrieren das heute alle noch einmal gemeinsam, es ist uns allen wichtig, dass die Lebensqualität dort stimmt, aber ich frage ganz ehrlich, was passiert, wenn das nicht passiert, was sind die Szenarien, wenn Leiner und C&A dort unter Umständen sagen werden, wir ziehen uns zurück und wir geben die Standorte auf. Dann werden wir lange wieder suchen müssen und ich möchte mir da kein Denkmal errichten, keine Sorge, ich bin jetzt das zehnte Jahr bald in der Politik, es gibt genügend Dinge, auf die ich stolz bin, aber ich habe noch nie danach getrachtet, mir irgendwo ein Denkmal zu errichten und das möchte ich Ihnen da auch heute sagen. Mit Investoren kann man so nicht umgehen, ich weiß nicht und ob Sie das Gespräch...

***Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Aber mit Bürgerinnen und Bürgern.***

Bgm. Mag. **Nagl**: ...ob Sie das Gespräch gesucht haben, auch mit dem Investor...

***Zwischenruf GRin. Rücker: Ja, viermal.***

Bgm. Mag. **Nagl**: ...und ob man das nicht ausreden kann. Der Kollege Rüschi hat heute nur den Bebauungsplan in Auflage gebracht. Er hat die anderen Dinge, die sich das Einkaufszentrum und die Betreiber schon gewünscht hätten, heute nicht gemacht, weil er selber gesagt hat, das ist noch keine Verkehrslösung, die hier passend ist und ich glaube, da sollte man die Kirche im Dorf lassen. Ich bin froh, dass wir es jetzt gemeinsam so tun, wir betonen noch einmal vor der Bezirksbevölkerung, dass es nicht nur ein Anliegen der Grünen ist, sondern von uns allen ist, dass das ordnungsgemäß über die Bühne geht, aber ich würde mir trotzdem wünschen für die Annenstraße, für die Menschen, die dort leben und wohnen und

einige davon sind schon extrem belastet, manche werden vielleicht eine neue Lösung finden, manche sind schon abgelöst worden etc., ich glaube, dass wir in ein paar Jahren sehr positiv zurückblicken werden und dass das, was in Graz-Umgebung oder einfach überall auf der grünen Wiese aufgestellt ist, irgendwann einmal der Vergangenheit angehört und da sind wir an einer wirklichen Verkehrsader, andere haben diese Verkehrsadern zusätzlich und neu geschaffen und wir sind in einem Bereich, wo es eigentlich gar nicht mehr öffentlichen Verkehr gibt. Weil dort, wo die Bundesbahn ihr Zentrum hat, dort wo die Straßenbahn optimal dabei ist, wo wir Busse und Taxibereiche haben, wo das Fußgehen auch noch möglich ist, glaube ich, ist es gut angesiedelt und in diesem Sinne bitte ich darum, dass wir sehr sachlich weiterdiskutieren und auch dem Investor signalisieren, dass hier noch einiges zu tun gilt, nicht nur auf unserer Seite, sondern auch auf seiner Seite bis hin zu Investitionen, die sicherlich auch im öffentlichen Bereich notwendig werden, die wir nicht alleine tragen werden können und wollen. All das müssen wir tun, aber ich will trotzdem, dass man so seriös damit umgeht und ein Projekt nicht gleich vernichtet, nur weil man glaubt, jemand möchte sich da ein Denkmal setzen, das ist es nicht, also bitte nicht wegen mir oder sonst solche politischen harten Attacken reiten (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Also ich muss sagen, ich wundere mich zusehends über manche Reaktionen hier im Haus. Ich wundere mich über die Nichtpositionierung der KPÖ, sage ich vorweg, das erstaunt mich, aber das ist eine Geschichte. Das andere ist die Nervosität der Bürgermeisterpartei, die entsteht, wenn eine Partei da hier herinnen nichts anderes macht als das, was eigentlich Demokratie ist. Nichts anderes ist Demokratie, wir gehen her, wir haben eine andere Position als die der ÖVP, sonst hätte ich mich vielleicht um einen Listenplatz bei euch beworben, das habe ich nicht, weil ich eine andere Weltanschauung habe, andere Ideen, wie diese Stadt zu einer gesunden Stadt wird, wie das auch der Bürgermeister als großes Ziel noch zu Beginn seiner Amtszeit formuliert hat. Man hinterfragt ein Projekt, heißt nicht, dass man es vernichtet, Sigi Nagl, wir wollen es nicht vernichten, wir wollen auch die Stadt nicht vernichten, sondern wir wollen schauen, wie Projekte in welcher Dimension in einer Stadt stattfinden können, ohne dass die AnrainerInnen dort leiden

müssen, ohne dass es denen schlechter geht, so das ein größtmöglicher Nutzen für alle zu erzielen ist und das ist die unterschiedliche Art. Ich will jetzt nicht ins Detail gehen, ich könnte genauso sagen, ich halte es für sehr zynisch, wenn jemand sagt, natürlich wird es Verlierer geben, die nennt man dann irgendwann Modernisierungsverlierer. Wir interessieren uns mehr für die Gewinner, natürlich wird es Verlierer geben, vielleicht kümmern wir uns ein bisschen mehr um die Verlierer und deshalb haben wir eine andere Sicht. Sigi Nagl, du hast gesagt, unten steht bei den Allegorien die Figur des Handels, es steht auch die Figur der Wissenschaft und die Figur der Wissenschaft steht zum Glück auch in Graz und das ist eben die Position des Hinterfragens, des genau Planens und Dinge vielleicht auch von einer anderen Seite anzusehen. Dialektik nennt man das. Und das muss zulässig sein und ich glaube dafür gibt es auch einen Gemeinderat, ich glaube es gibt ihn dafür. Das was mich geschreckt hat, war schon, und da kann der Gerhard Rüschi primär nichts dafür, wir haben denselben Befund, was die regionale Raumordnung anlangt, wir haben denselben Befund über den Ist-Zustand, das Schlimme ist nur, du bist ein Teil der Zuständigen und sagst quasi Bankrott, es geht nicht und deshalb sind wir mit dem Umland im Kriegszustand. Ja, das ist es, wenn die nicht wollen, müssen wir so reagieren und das ist, glaube ich, keine gute Ausgangsposition. Ich glaube, das was wir brauchen, und jetzt bin ich wieder dort, wo ich angefangen habe, als Antwort, wir brauchen eine gemeinsame Initiative und da wäre es vielleicht besser als der Bürgermeister macht manchmal Initiativen, ich glaube ihm, dass er es macht, aber zumindest hat es scheinbar nicht viel Erfolg gegeben, dass man wirklich gemeinsam sagt, ok, schauen wir uns an, wie das andere Städte in Deutschland machen, nicht nur in Deutschland, Freiburg zum Beispiel, war der Gerhard Rüschi ganz begeistert, wie es dort rennt zwischen Umland und der Stadt, schauen wir uns an, wie es dort geht, schauen wir einmal, wie es in Lille ist, seit die ein Regionalparlament haben, schauen wir, wie die Regionalparlamente im Aufbau in Stuttgart etc. ausschauen, die haben das geschafft, woran wir noch kiefeln. Eben diese Regionalplanung im größeren Stil, die haben dann alle möglichen guten Wege geschafft. Zur Zeit sehe ich es auch so, kooperieren die Bürgermeister von Seiersberg, Unterpremstätten und Fernitz besser miteinander als mit dem Bürgermeister von Graz und so kann es nicht weitergehen. Aber noch einmal, der Widerspruch muss bitte erlaubt sein, der Widerspruch heißt nicht, dass wir etwas vernichten, der Widerspruch der muss

letztendlich auch da sein und Informationsveranstaltungen bitte dürfen wir schon machen, ohne dass man den Bürgermeister vorher fragen. Danke.

GRin. **Bergmann:** Also die KPÖ-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu, auch diesem Antrag, wir haben uns eigentlich ganz bewusst aus dieser Diskussion hier herausgehalten und zwar nicht, weil wir keine Position dazu haben, sondern auch in unserem Klub wird angeregt darüber diskutiert, es gibt in diesem Bereich sehr viele Unklarheiten, es gibt aber auch einiges, das durchaus dafür spricht. Das heißt, auch für uns ist dieser Antrag insofern wichtig, dass wir zuerst einmal wirklich sehr umfangreich erheben müssen, wie die Situation in diesem Bereich ist und wir können uns hier natürlich jetzt gegenseitig irgendwelche Vorwürfe machen, aber da wollen wir eigentlich nicht mitmachen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Binder:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ja, Kollege Slamanig, so ist es. Herr Bürgermeister, ich möchte mich bei Ihnen entschuldigen für meine Aussage wegen des Denkmals, ich wollte Sie nicht verletzen, das war nicht die feine Klinge von mir und ich bitte, meine Entschuldigung anzunehmen. Zur Annenstraße wollte ich noch sagen, weil der Vorwurf im Raum hängengeblieben ist, was macht denn ihr, was habt den ihr entwickelt, ihr tut sozusagen nur kritisieren und das möchte ich schon zurückweisen. Viele Jahre gibt es diese Bürgerinitiative Annenstraße und auch wir haben immer wieder Vorschläge eingebracht, wie die Annenstraße gestaltet werden kann, allem voran eine Verkehrsberuhigung bis hin zu einer FußgängerInnenzone bis hin zur Nutzung des multikulturellen Potentials, das es dort gibt und, und, und. Diese Vorschläge sind meines Wissens immer abgelehnt worden, also anzudenken, dass man eine Annenstraße auch wirklich ganz, ganz stark beruhigen kann und sich dadurch neue Möglichkeiten, neue Dimensionen ergeben könnten für eine Straße wie die Annenstraße, zu einer Wiederbelebung, das ist leider nicht konsequent weiterzudenken gewesen mit den entsprechenden Planern, die eben hier nicht allzu viel Fantasie mitentwickeln wollten. Zur KPÖ, wenn es dir schon zu viel ist, das ist dein gutes Recht, ich hoffe nur, nachdem ihr so lange überlegen

müsst, dass ihr nicht zu spät kommt dann mit dem Schluss, den ihr dann ziehen werdet und die Sache eigentlich schon über die Bühne gelaufen ist, aber wir werden ja sehen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich bitte auch zu berücksichtigen, dass in einer solchen Debatte jeder Gemeinderat sich zweimal zu Wort melden darf, beim dritten Mal bräuchte er schon die Zustimmung des Gemeinderates, ist vielleicht auch einmal wichtig, dass ich es hier auch einmal gesagt habe. Danke für diese Entschuldigung, also ich war nicht weiß Gott wie getroffen, aber ich wollte Ihnen nur sagen, dass ich ein solches grünes Gebäude nicht als mein Denkmal betrachte, wenn es dort am Bahnhof verwirklicht wird. Ich habe nur ein bisschen Sorge, weil es auch leider immer ein Wettlauf mit der Zeit ist. Im Wirtschaftsbereich geht es heute auch immer wieder darum, nicht nur einen Investor zu finden, sondern ein Investor braucht im Hintergrund dann auch die Mietverträge, von denen heute schon die Rede war und natürlich gibt es da einen enormen Wettbewerb. Innerhalb der Stadt Graz, aber auch außerhalb und wenn du ein Gesamtkonzept verwirklichen willst, dann ersucht dich jeder Investor, und das ist ganz egal, ob es der Murpark war jetzt von Spar, ob der City-Park war, ob es jetzt im Center West die Überlegungen waren, letzten Endes auch in Seiersberg draußen und jetzt auch hier, die sagen, wenn wir es realisieren, dann bitte schnell, da tickt ja auch eine ganz gewaltige Zinsuhr, weil da wurden ja Grundstücke bevorratet, da wurden Menschen in ihren Wohnungen abgelöst, damit sie woanders hinkommen etc. Ich glaube, da hat jeder Investor ganz bewusst den Wunsch und sagt, bitte tut weiter von Seiten der Stadt und da wird es dann auch immer schwierig, weil natürlich auch Menschen, die dann dahinterstehen, nicht viel Geduld haben, immer wieder sagen, wann kommt denn der nächste Beschluss etc., dem sind wir auch ausgeliefert, aber mich hat es eben gefreut, dass der Kollege Rüscher eh gesagt hat, da habe ich die Lösung noch nicht, das bringe ich da noch nicht ein, aber ich halte nicht andere Prozesse auf, ich will einmal Einwendungen auch hören und deswegen auch die Auflage im Bebauungsplan.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Noch einmal ganz kurz. Ich glaube, es ist völlig klar, dass von unserer Seite nichts gegen Widerspruch oder gegen Kritik gesagt wird. Aber umgekehrt sei schon die Bemerkung erlaubt, dass gerade die grüne Fraktion sehr oft wirklich hart hinschaut und dann finde ich, dürft ihr umgekehrt auch nicht so beleidigt sein, wenn wir eben auch unsere Meinung etwas pointierter darstellen (*Applaus ÖVP*). Das was mich immer wieder maßlos stört, das sind diese Vorbewertungen auf Grund von Nichtinformation. Jetzt kann man darüber reden, ob die Information zu spät kommt oder nicht, aber die Verkehrssituation, die Verkehrslösung zu verdammern, bevor sie klar ist, solche Sachen ärgern mich und das war gestern im Ausschuss, es ist heute auch wieder der Ausspruch gekommen, dort ist 1,50 Meter-Gehsteig und dann kommt die Fahrspur...

*Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Das waren nicht wir.*

Dr. **Rüsch**: ...das ist richtig, das ist nicht von dir und nicht von euch gekommen und gestern habe ich das gesagt, dass wir das nicht akzeptieren werden. Also ich finde, da entsteht einfach der Eindruck, es wird ausschließlich politisch argumentiert. Und das finde ich, kann auch nicht sein (*Applaus ÖVP*). Ich wollte sagen, es ist zur Annenstraße, weil eben der Vorschlag gekommen ist, dass, ich kann es nur noch einmal sagen, ich habe es auch mit dem Kollegen Detlev Eisel-Eiselsberg kurz nochmals besprochen, wir werden uns sehr, sehr bemühen und die größten Anstrengungen unternehmen, um genau das zu machen, was bisher nicht gelungen ist in der Annenstraße. Wir brauchen in der Annenstraße, wenn wir sie attraktivieren wollen, eine Neuaufteilung des öffentlichen Raumes. Es muss von der Verkehrssituation besser werden. Jeder, der mit der Straßenbahn durch die Annenstraße fährt, nur einmal dort aussteigt, weiß, dass es inakzeptabel ist und da werden wir uns sehr bemühen, dass wir zeitgleich auch mit der Eröffnung von ECE hier zu einer Lösung kommen. Da sind wir einer Meinung und ich denke, das wird auch eine große Unterstützung für die Leute in der Annenstraße sein und vor allem für die Geschäftsleute in der Annenstraße (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen, Kollegen! Also ich freue mich sehr, dass wir heute sowohl eine Grundsatzdebatte geführt haben auf Grund dieses gemeinsamen Antrages, da bedanke ich mich bei allen Fraktionen. Ich entschuldige mich bei dir, Alex, dass ich das missen ließ, werde aber nächstes Mal besser darauf achten und dass wir auch eine Sach- und Fachdiskussion abgeführt haben. Ich bedanke mich bei dir, Sigi, dass du mir unterstellt hast zumindest eine formulierende Koordinierungskompetenz, ich hoffe, dass ist mit dem Antrag gelungen, dass wir das gemeinsam zusammengeführt haben, ich bedanke mich beim Arbeitspartner ÖVP, insbesondere bei dir, Bürgermeister Siegfried Nagl, und beim Gerhard Rüscher, dass wir gemeinsam die Anwendung von Vernunft in die Tat umgesetzt haben. Weil ich glaube, dass das wichtig ist, dass wir vernünftigen Argumenten gegenseitig aufgeschlossen sind und was weiterbringen. Ich achte aber auch sehr, weil es auch bei unserer Fraktion querbeet geht und deswegen auch bei der KPÖ-Fraktion. Es gibt keine endgültige Meinung zu all diesen Fragen und Dingen. Wir haben Informationen zu sammeln, wir haben Wissen anzureichern, wir haben deswegen diesen Antrag gestellt, um Klarheiten zu vergrößern und die Möglichkeiten zu bieten jetzt in den kommenden Wochen und Monaten, wo wir auch öffentliche Debatten zu führen haben werden, wo wir hier im Haus diskutieren werden, wo wir Stücke bekommen werden, wo wir in Ausschüssen beraten werden, uns eingehender damit zu beschäftigen. Insofern war dies ein Anstoß zum Handeln, ein Anstoß, den ich ganz wichtig finde, weil ich habe mir angeschaut, es gibt etwa 70 Einkaufszentren dieser Art in Deutschland und Teddy Eisel-Eiselsberg hat durchaus ein paar dieser positiven Beispiele genannt. Ich nenne aber einige, wo sich immer wieder und am laufenden Band mit Bürgerprotesten und Bürgerunmut einhergeht. Das ist in Braunschweig, das ist in Saarbrücken, das ist in Ehrstädt in Niedersachsen und die Kommunalvertretungen, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind ob dieser Nichtbeachtung von Bürgerinteressen und Bürgerwünschen auch abgestraft worden bei der letzten Kommunalwahl. Das soll eine andere Formel sein in Graz, wenn schon titulierte wird in deutschen Zeitungen überregional, die Formel ECE, das ist an und für sich eine amerikanische Formel, das muss es auch eine Formel Graz geben, dass wir auf Bürgerwünsche, auf Bürgerreaktionen, auf Sensibilitäten reagieren, wenn es um Verkehr, um Gestaltung, um Mitwirkung im Bereich Kfz, im Bereich öffentlicher Verkehrs, im Bereich Fußgänger, Radfahrer geht. Das war klar und genau definiert in dem Antrag. Wir wollen mitwissen, wir wollen mitreden, wir wollen

mitgestalten, auch hier in diesem Gemeinderat, auch in den Bezirken im Interesse auch der Bewohnerinnen und Bewohner und um die geht es eigentlich. Wir wollen nicht, sozusagen, dann den Kopf hinhalten für Dinge, die wir nicht vorher beredet und besprochen haben. Ich glaube, das ist ganz wesentlich, dass wir diese Vorgangsweise wählen, diese Formel Graz, weil ich glaube, die ist essentiell. Mir ist es nur aufgefallen beim Studium der Dinge, eigentlich geht ja diese Idee dieser Einkaufszentren auf einen jüdischen Mitbürger namens Victor Gruen zurück, der vor den Nazis flüchten musste, nach Amerika ging und die Idee der europäischen Stadt transportierte nach Amerika, die erste dieser Shopping Malls entstand Anfang der 50er-Jahre in Philadelphia und dann hat es sich wie ein Fleckfieber ausgebreitet und dann kam es, einhergehend mit amerikanischen Rahmenbedingungen, also der Privatisierung des öffentlichen Raumes, dessen Kontrolle, der Nutzbarkeit derselben und vor allem auch der schleichenden Entmachtung der Bürgerinteressen kam es nach Europa in den 60er-Jahren. Und dann hat es sich hier sozusagen als amerikanische Idee vereuropäisiert. Der Prof. Manfred Prisching, den ich hie und da treffe und mit dem ich ja diskutiert habe über sein Buch, über den Hurrikan Katarina, hat ja mehrere Studienreisen durch Amerika gemacht und stellt fest in den letzten Jahren, in Amerika sperren sie zu, in Amerika machen sie Closed Shops, weil die Idee vorüber ist, weil die Amerikaner einfach auch diese Möglichkeit ausgenutzt haben bis zur Neige. Ich weiß nicht, wie lange es noch in Europa gehen wird, ich unterstütze den Siegfried Nagl mit der Anmerkung, wir brauchen Wirtschaftsimpulse, wir brauchen eine Vernetzung der Wirtschaftsinteressen, wir brauchen aber auch die Bürgerinteressen und die Verkehrsgestaltung und den Stadtraum und den öffentlichen Raum in Beachtung zu nehmen und deswegen meine ich, diese Vorgangsweise ist eine Grazer Modell und deswegen sollten wir diesen Weg gehen. Ich freue mich auf die kommenden Diskussionen hier und in den Bezirken, weil ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir hier beispielhaft zeigen gegenüber anderen Städten, dass wir hier auch die verschiedensten Interessen zusammenbringen können, auch wenn sie sich gegenseitig stoßen. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

### 3) Drohende Schließung des Union Bades Gaußgasse – Petition an die Landesregierung

GRin. **Kummer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Kummer**: Werter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Mein dringlicher Antrag befasst sich mit der drohenden Schließung des Union-Bades in der Gaußgasse und zwar ist es wieder einmal der Fall, dass der desolate Zustand einer Grazer Sportstätte traurige Schlagzeilen macht.

Nachdem das Bad Eggenberg bekanntermaßen zu versickern droht, steht nun das Union-Bad in der Gaußgasse vor der Schließung. Der dringende Sanierungsbedarf der 37 Jahre alten großen Schwimmhalle sowie der 31-jährigen Lehrschwimmhalle erstreckt sich einerseits auf die gesamte Schwimmbad-Technik, andererseits aber auch auf die bauliche Substanz der Hallen.

Laut Gutachten darf das voll ausgelastete Union-Bad in diesem Zustand nur noch bis Schulschluss 2007 betrieben werden, da die Sicherheit der rund 7000 Besucher pro Monat nicht mehr gewährleistet ist.

Das bedeutet nicht nur das Aus für die sieben dort beheimatete Vereine und ihre 1130 Mitglieder, wovon 540 im Leistungssport eingebunden sind. Auch 25 weitere Institutionen, die regelmäßige dort zu Gast sind, sitzen buchstäblich auf dem Trockenen. Es handelt sich in erster Linie um Schulen, Behindertenorganisationen und therapeutische Einrichtungen, die auf die Benützung dieses Bades angewiesen sind.

Die Summe der zu investierenden Baukosten beläuft sich auf rund 3,5 Millionen Euro. Die Stadt Graz ist bereit, 1,5 Millionen Euro für Sanierung beziehungsweise teilweisen Neubau zu übernehmen, die Sportunion kann rund 500.000 Euro beitragen.

Bezüglich der noch fehlenden Summe von 1,5 Millionen Euro wandte man sich im August dieses Jahres seitens der Stadt Graz mit der Bitte um dringende Unterstützung an den derzeitigen Sportlandesrat Ing. Manfred Wegscheider.

Leider fühlte sich dieser für die jährlich 84.000 Sportlerinnen und Sportler des Union-Bades nicht zuständig und blieb der Stadt Graz eine Antwort schuldig.

Überraschende Hilfe jedoch wurde dagegen von Landeshauptmann Magister Franz Voves angekündigt, der in seiner Ansprache beim ASKÖ- Landestag am 13. Oktober 2006 eine Übernahme der fehlenden Summe durch das Land Steiermark zusagte und dafür auch in den Medien Lob erntete. Ich zitiere aus der Kleinen Zeitung vom 15. Oktober: „Es war ein Strampeln ums Überleben, doch in letzter Sekunde scheint der Rettungsring ausgeworfen zu werden, das desolate Union-Bad in der Gaußgasse, dem 2007 die Schließung droht, bekommt wieder Oberwasser. Obwohl sich SP-Sportlandesrat Manfred Wegscheider wehrt, zur Generalsanierung einen Beitrag zu leisten, dürfte das Land nun helfen. SP-Landeshauptmann Franz Voves gab Union-Präsident Stefan Herker Ende der Woche sein Wort, sich einzusetzen und bestätigte gegenüber der Kleinen Zeitung, wir müssen uns etwas einfallen lassen, ich werde den Sportlandesrat und die gesamte Landesregierung damit befassen.“

Da aber auf diese Ankündigung leider noch keine Taten folgten, ist hier äußerst dringender Handlungsbedarf gegeben, zumal inklusive Planung für die Umbauarbeiten mindestens ein Zeitraum von 9 Monaten zu veranschlagen ist.

Verschärft wird die Situation, wie wir heute auch schon gehört haben, zweifellos dadurch, dass es bei Um- und Neubau des Sportbades Eggenberg zu einer Betriebsstilllegung von rund 18 Monaten kommen wird. Für den gesamten Schul-, Universitäts-, Vereins- und Freizeitschwimmsport in der Stadt Graz stünde somit nur mehr das Bad zur Sonne als einziges öffentliches Hallenbad zur Verfügung und das ist leider mehr auf Wellness ausgerichtet und nicht auf Schwimmsport.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird dringend ersucht, Finanzierungsverhandlungen aufzunehmen sowie den fehlenden und bereits in Aussicht gestellten Betrag zur Rettung des Union-Bades zur Verfügung zu stellen. Bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR. **Simbürger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Die SPÖ-Fraktion wird der Dringlichkeit zustimmen, wir haben aber einen Abänderungsantrag vorbereitet, der Ihnen vorliegt.

GRin. Dr. **Sickl**: Die FPÖ stimmt auch der Dringlichkeit zu.

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

GR. **Simbürger** zum Antrag: Ich darf Ihnen nun, sehr geehrte Damen und Herren, den Abänderungsantrag zur Kenntnis bringen, der Gemeinderat wolle beschließen: Nachdem das vom Land Steiermark beschlossene Bäderkonzept die Sanierung des Union-Bades nicht vorsieht, aber Landeshauptmann Mag. Franz Voves bereits avisiert hat, in den nächsten Tagen mit den Mitgliedern der Landesregierung insbesondere mit Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer Gespräche zu führen, wird Herr Bürgermeister Nagl ersucht, im Vorfeld mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer als den zuständigen Gemeindereferenten Kontakt aufzunehmen und auf diesen einzuwirken, damit er als Gemeindereferent für Graz eine Ausweitung des betreffenden Bäderkonzeptes anstrebt. Das ist der Abänderungsantrag, meine Damen und Herren.

GRin. Dr. **Sickl**: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Sport ist mir auch ein großes Anliegen und ich habe heute schon einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Es geht wirklich um die Zukunft des Schwimmsportes. Es ist so, dass einfach die Topschwimmer nach Linz, nach Marburg ausweichen und es kann einfach nicht sein für eine Sporthauptstadt von Graz. Mir ist es wichtig, dass man erstens einmal diese Betriebsgenehmigung der Union-Halle, die bis Sommer 2007 aufrecht ist, dass man sich jetzt damit beschäftigt, was passiert danach, weil es gibt Planungen, die zu

tätigen sind, man kann nicht von heute auf morgen ein Schwimmbad umbauen und es darf auf alle Fälle nicht so sein, dass dann zwei Bäder gleichzeitig renoviert werden, das heißt, dass das Bad Eggenberg geschlossen ist und die Union-Halle. Das heißt, es gibt überhaupt keine Möglichkeit mehr, Schwimmkurse abzuhalten, Schwimmen zu gehen, weil wie wir heute schon gehört haben, das Bad zur Sonne ja nicht unbedingt das bringt, wenn man wirklich schwimmen gehen will, dass das eher eine Wellness-Geschichte geworden ist. Und dann finde ich das sehr interessant diesen Zusatzantrag, also ich möchte eigentlich dazu nicht viel sagen, weil es ist eigentlich peinlich, dass man so etwas als Zusatzantrag formuliert (*Applaus ÖVP*), zumal man ja auch miteinander sprechen kann, dass man sich das nicht so ausreden kann, dass das erst im dringlichen Antrag als Zusatzantrag formuliert wird, ist eigentlich peinlich und ich hoffe nicht, dass die Presse diesbezüglich irgendwie eingeht, weil das ist die Lachnummer 1. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Als einer, der einmal wöchentlich das Union-Bad mit Schülern benützt und mitverfolgen kann seit Jahren, wie das langsam vor sich hinrostet und wir jedes Jahr aufs Neue nicht wissen, ob wir mit der Schule dort schwimmen können oder gar nicht schwimmen können, weil es gibt sonst keine Möglichkeit für Schulen, außer sich in Eggenberg auf eine der zwei freien Bahnen dazuzuwerfen mit einer ganzen Schulklasse, die für den Publikumsbetrieb offen sind und als einer, der diese wirklich für eine Viertel-Millionen-Stadt beschämende Situation im Schwimmbereich hautnah erlebt, gibt es für den Antrag natürlich volle Unterstützung. Der Zusatzantrag, ich glaube, es gibt keine ernsthafte Erklärung dafür, außer, dass die Aufteilung des Landes immer noch so funktioniert, dass es ein rotes und ein schwarzes Schaufelr gibt, mit dem man im Sand graben kann. Mir ist wurst, ob es das rote oder das schwarze Schaufelr ist, Hauptsache es wird dort gegraben beziehungsweise gebaut.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Vielleicht kann ich ein wenig dazu beitragen, Verständnis zu wecken für den Abänderungsantrag der SPÖ. Es hat ja im Vorfeld Gespräche

gegeben, ob man sich zu einer gemeinsamen Formulierung findet, ist letztendlich nicht gelungen, insbesondere natürlich, weil hier im Antrag der ÖVP von Frau Gemeinderätin Kummer halt einige Passagen sind, die der SPÖ nicht gefallen, insbesondere wenn es um den Sportlandesrat geht. Und das verstehe ich ja durchaus, das kann ich gut nachvollziehen, also es wäre für mich auch schwer ertragbar und ich glaube für meine Fraktion schwer ertragbar, wenn ein Sportlandesrat unserer Partei, also jetzt der von der ÖVP, auf Landesebene sagt, dieses Projekt für den Sport unterstütze ich nicht. Das wäre für uns auch unerträglich, darum verstehe ich das. Das Problem ist aus meiner Sicht zweierlei. Das eine ist, dass der Sportlandesrat mir ausrichten lässt über seinen obersten Sportbeamten, den Hofrat Stehlik, dass es zum einen schon gar kein Geld gibt für dieses Projekt, zwei Tage vorher lese ich in einer Gratiszeitung, es gibt um 24 Millionen mehr für den Sport, aber für Graz halt nicht, auch meine Nachfrage, na ja als Sportressort des Landes werdet ihr, wenn ich das glauben könnte, dass ihr kein Geld habt, werdet das Projekt zumindest ideell unterstützen, meinungsbildend unterstützen auf Ebene der Landesregierung. Nein, sagt der Hofrat Stehlik, ich habe den ausdrücklichen Auftrag mitzuteilen, nämlich bei einem runden Tisch, zu dem ich am 5.10. eingeladen habe, ich habe den Auftrag mitzuteilen, dass wir dieses Projekt auch ideell nicht unterstützen und da hört es für mich eigentlich irgendwie auf, mein Verständnis für einen Sportpolitiker, wenn er ein Sportprojekt einfach nicht mehr unterstützen will. Aber die Entfernung dieser Passage, die angestrebt war von der SPÖ, hätte sie stattgefunden, hätte an den Fakten und Daten nichts geändert, die sind nämlich, so wie sie in unserem Antrag stehen und daran ist nichts zu rütteln, da ist nichts erfunden und nichts übertrieben, das sind die Fakten, so wie ich sie miterlebe seit dem 23. August, wo ich erstmals mich an den Sportlandesrat schriftlich gewandt habe und natürlich keine Antwort bis heute bekommen habe. Ich muss dazusagen, erwartet habe ich eh ohnedies keine, wenn ich den Umgang in diesen Fragen bisher miterlebt habe, aber es ist einfach so eingetreten, wie es erwartet war. Ich nehme also zur Kenntnis, dass der für den Sport in der Steiermärkischen Landesregierung zuständige Landesrat sich für den Sport nicht zuständig fühlt. Zumindest wenn es um den Sport in Graz geht, fühlt er sich nicht zuständig, weil ich lese immer wieder in den Medien, dass da und dort im ganzen Land Steiermark neue Hallen gebaut werden, neue Initiativen gesetzt werden und es ist mehr als ein Gerücht, das ist nachweisbar, dass überraschend viele Bedarfszuweisungsmittel

nach Kapfenberg selbst oder ins Umland Kapfenberg fließen, das sind so an die 600.000 Euro gewesen und so lange ist er noch nicht Landesrat und gestern lese ich, gibt er ein Interview, und Interviews geben ja überwiegend wohl das wieder, was man sagt und jetzt gibt es auch im Umfeld von Kapfenberg eine Winterlaufbahn für den Radsport. Also es gibt sehr wohl Mittel für den Sport in diesem Land, nur leider werden sie anders konzentriert und anders verteilt, wie im Übrigen auch andere Dinge in diesem Land seit gut einem Jahr anders entschieden werden, aus meiner Sicht nicht immer sachlich. Das werden wir zur Kenntnis nehmen vorderhand einmal, aber wir werden weiter darum kämpfen, dass sich das ändern wird. Weil eines muss ich sagen und das ist angeklungen schon in den Wortmeldungen, gibt es das Union-Bad nicht, dann ist der Supergau in Graz eingetreten, was den Schwimmsport betrifft. Im Rahmen dieses runden Tisches war auch der Herr Präsident des Steirischen Schwimmverbandes, der Ing. Putzgruber dabei, im Übrigen ASKÖ-Mitglied und äußerst unverdächtig, dass er da Parteipolitik in unserem Sinne machen würde, er hat dort zu Protokoll gegeben, gibt es das Union-Bad nicht, ist der Leistungsschwimmsport in Graz tot. Es war ebenfalls anwesend der Leiter des Universitätssportinstitutes, er hat de facto das Gleiche gesagt, es gibt dann keinen Universitätssport mehr, wenn es das Union-Bad nicht gibt. Das heißt, wir müssen alles gemeinsam daran setzen, dass dieses Bad erhalten bleibt, im Sinne der gesamten Aktivitäten rund um das Schwimmen und ich gehe davon aus, dass wir eine Lösung finden und ich sage abschließend dazu, mir ist es eigentlich als Sportreferent relativ egal, wer oder welche Stelle seitens des Landes da mithilft, Hauptsache ist, es passiert (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Meine Damen und Herren! Ich bin doch ein bisschen erstaunt über die Worte meines Regierungskollegen. Ich möchte jetzt nur einmal, weil er nämlich gesagt hat, er versteht es, wenn man mit der Entscheidung eines Regierungsmitgliedes nicht einverstanden ist. Ja, Detlev, erinnerst du dich noch, als der damalige für Sport zuständige Landeshauptmann, jetzige Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, zu uns gesagt hat, zu Eggenberg zahlt er nur dazu, wenn wir bereit sind, einen Betrag, von dem er gewusst hat, dass wir ihn uns nicht leisten können, zum Ausbau vom gesamten Sportquadranten

dazuzuzahlen. Vorher keinen Groschen. Erinnerst du dich? Erinnerst du dich, dass der Bund bis heute seine Beitragszahlung zum Ausbau und Sanierung von Eggenberg verweigert zur Gänze, sondern nur zum Teil zu zahlen bereit ist, dass die Frau Bundesministerin Gehrler zu keinem Gespräch bereit war, ihren Anteil am Schulsport zu leisten, erinnerst du dich an das? Wie hast du dich denn damals gefühlt, Herr Stadtrat, als du das zur Kenntnis zu nehmen hattest (*Applaus SPÖ*) und wenn man natürlich in einer relativ, aus meiner Sicht nicht sehr geschickten Art und Weise öffentlich Regierungsmitglieder versucht zu irgendwas zu bringen, dass man keinen Erfolg hat, das ist ja keine große Überraschung für dich. Faktum ist, dass das Union-Bad tatsächlich ein Privatbad ist, Faktum ist, dass es zwischen uns, um zu etwas Positivem zu kommen, ja eine Einigkeit gibt, dass wir einen Beitrag zur Sanierung von Grazer Seite vom Union-Bad leisten wollen. Jetzt sage ich nur eines, es gibt noch einen anderen Bereich, aus dem wir Geld bekommen könnten, im Sportbäderprogramm kommt es jetzt nur einmal von beiden, auch von der ÖVP-Fraktion mitbeschlossen, nicht vor das Union-Bad, das ist Faktum, da hast du dich offenbar bei deinen Kollegen in der ÖVP-Landesregierung auch nicht durchgesetzt, aber es gibt ja auch noch einen Gemeindereferenten, wie heißt er? Schützenhöfer, der für die Stadt Graz Zuständige. So, vorher war es die Frau Landeshauptmann Klasnic und die hat uns bis zum heutigen Tag die von der Landesregierung versprochenen Mittel für den Ausbau der Fußballplätze nicht übermittelt.

***Zwischenruf GRin. Gesek: Das kann doch nicht sein.***

Dr. **Riedler**: Frau Kollegin Gesek, Sie sollten sich informieren. Keinen Cent haben wir bis zum heutigen Tag bekommen von der Landesregierung. In der Verantwortung von ÖVP-Regierern und der letzte Punkte ist jetzt...

***Zwischenrufe unverständlich.***

Dr. **Riedler**: Nein, da war der Schachner schon lange nicht mehr zuständig. Und jetzt noch zum letzten Punkt, natürlich hat es immer wieder Unterstützung von der Landesregierung für solche Hallenbäder gegeben auch in Gemeinden, in erster Linie aus dem Ressort des Gemeindereferenten und daher unser Antrag, unsere Anstrengung an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, uns bei dieser Anstrengung zu unterstützen, das ist doch nicht zuviel verlangt. Hört doch mit dem relativ unintelligenten parteipolitischen Ping-Pong auf, strengen wir uns doch gemeinsam an, dass die Landesregierung uns da unterstützt und da bin ich dann ganz beim Kollegen Candussi, wenn das Geld vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer kommt, ist es auch gut und ist es uns auch recht, man wird ja wohl noch in der Lage sein, gemeinsam mit unseren Parteifreunden in der Landesregierung zu reden, dass es eine gemeinsame Unterstützung gibt, daher finde ich die Aufregung auf deiner Seite relativ unangebracht, lieber Detlev (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Stadtrat, ein paar Dinge erlaubst du mir zu berichtigen, weil das kann man nicht so stehen lassen. Gemeindereferent und Fußballplätze, es war Landeshauptmannstellvertreter Schachner, der mich damals als Finanzreferent ersucht hat, einen Durchlaufposten zu genehmigen, er macht das, er ist dann auch von einem Sportverein zum nächsten gefahren und hat gesagt, wer wie viel kriegt und er hat auch zugesichert, dass die Gelder kommen. Danach hat sich niemand mehr darum gekümmert...

**Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Da war ich nicht zuständig.**

Bgm. Mag. **Nagl**: Moment, nein, dem ist nicht so, weil das Gemeindereferat punkto Graz aufgeteilt ist. Herr Finanzreferent, du wirst das wissen, die Stadt Graz bekommt, und da hat die Frau Landeshauptmann Gott sei Dank den Weg geändert,

einen Vorwegabzug, auch nicht mehr von 10 %, sondern von 11 % und den kriegen wir sogar genau ausgemacht zu welchem Zeitpunkt und mehr Geld ist nicht da, es sei denn, dass sich beide, der Landeshauptmann und der Landeshauptmannstellvertreter, wieder vom Gesamtkuchen etwas herausschneiden, so ist das vereinbart auch auf Landesebene und der Kollege Schützenhöfer wird da jetzt ins Spiel hineingebracht. Ich freue mich ja, dass der Landeshauptmann in Wahrheit auch diese kritische Situation erkannt hat und nachdem ich am Sonntag auch in Eggenberg war, glaube ich, dass der Herr Landesrat Wegscheider, der das erste Mal dort war, jetzt auch gesehen hat, wie dringend dieser Bedarf ist und deswegen hoffe ich, dass das klappt. Ganz verstehen können wir es nicht, Karl-Heinz, dass jetzt ein Abänderungsantrag, weil es bleibt vom Dringlichen sonst nichts über, gekommen ist, weil wir haben auch nur hineingeschrieben, dass die Steiermärkische Landesregierung dringend ersucht wird, Finanzierungsverhandlungen aufzunehmen, da sind eh alle gemeint. Und natürlich ist es Chefsache, aber noch einmal, es war jetzt leider so, dass wir da eher unangenehme Botschaften signalisiert bekommen haben, aber dann auch wieder die positive des Herrn Landeshauptmanns, ich glaube, zum Schluss wird es klappen oder ich wünsche es mir wirklich, weil sonst hätten wir den Super-Gau, den der Teddy Eisel-Eiselsberg gerade prognostiziert hat (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Schön langsam beginne ich, den Zusatzantrag zu verstehen.

*Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das war auch wieder ein Sickerwitz.*

Mag. **Candussi**: Ja, das war auch wieder ein Sickerwitz, da hast völlig Recht. Es gibt eine meiner Lieblingssportarten, immer wenn Olympische Spiele sind, verfolge ich sie gerne im Fernsehen, das Synchronschwimmen. Synchronschwimmen heißt nicht, dass zwei Leute in verschiedenfarbigen Suppen jeweils vor sich hinrudern, sondern

Synchrone Schwimmen heißt, gemeinsam nach einer Choreographie hohe Haltungsnoten zu erreichen. Ich denke, der Antrag heute war so im Sinne des echten Synchrone Schwimmens gedacht, ich würde die Regierungsvertreterinnen und -vertreter ersuchen, sich in dieser Sportart ein wenig zu üben.

GR. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung! Ich mache es wirklich nur ganz kurz, weil ich mich kurzfristig relativ aufgeregt habe, auch Vertreter der Medien jetzt wieder da sind und das wirklich peinlich war, was da passiert ist. Der Herr Sportstadtrat und auch unsere Fraktion, wir sind relativ lang schon dahinter, dass man das Union-Bad jetzt relativ rasch rettet, weil die Situation wirklich ernst ist und wir bringen heute diesen dringlichen Antrag ein und wir benennen einfach die Dinge beim Namen, nämlich, dass es vor einem Jahr Landtagswahlen gegeben hat, die für uns eher schmerzlich waren und die SPÖ weiß noch immer nicht, dass sich da was geändert hat, der Landeshauptmann ist der Franz Voves und der Sportreferent ist der Manfred Wegscheider und so ist es einmal.

*Zwischenruf GR. Herper: Jetzt wissen wir es.*

GR. **Schönegger**: Ich helfe ja gerne mit, ist ja nicht so, dass man sich auskennt und deswegen benennt man die Verantwortlichen auch beim Namen, dass der Hermann Schützenhöfer da mithilft, hat er ja eh immer gesagt. Ich verstehe das Problem nicht, warum dieser Abänderungsantrag da ist, ich verstehe die Diskussion nicht und diese Nebelgranaten, die der Finanzstadtrat da abgelassen hat, versteht sowieso überhaupt niemand mehr. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Also meine freudigen Worte betreffend ECE, gemeinsamer Antrag kann ich ja schon wieder zurücknehmen, weil so wie der Stil da wieder ist, ist das ja schaurig. Ich habe mit der ÖVP, ich sage es auch, weil ich mich immer einem Kompromiss gerne nähere und so was ist immer ganz wichtig, dass man sich nähern kann, zur Zusammenarbeit Vorschläge gemacht, nachdem ich zweimal mit dem Büro des Landeshauptmannes telefoniert habe, habe die Vorschläge gemacht, die durchaus angenommen wurden und zwar in Anwesenheit des Sportreferenten dieser Stadt, der Antragstellerin, weiterer ÖVP-Mitglieder aus diesem Gemeinderat. Ich bin dann davon weggegangen mit Handschlag quasi, mit Handschlag, das gilt, das ist auch vereinbart, das haben wir gesagt, das gilt und dann bin ich gegangen und dann bin ich konfrontiert worden ein paar Minuten später mit dem Hinweis...

*Zwischenruf GR. Schönegger: Es wird nicht besser.*

GR. **Herper**: Lass' mich wenigstens ausreden, ist das möglich? ...mit dem Hinweis, na ja, ich kann da nicht mitgehen...

*Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Er regt sich schon wieder auf, er versteht es nur nicht.*

GR. **Herper**: ...ich kann da nicht mitgehen, weil das entspricht nicht meiner Identität, was ich ja als gelernter Germanistik, wie du sagst, durchaus zubillige. Aber Politik ist eben eine Findung von Standpunkten, die sich einander zu nähern hätten und nicht nur ein germanistischer Exkurs, sage ich auch einmal. Ich habe festgestellt, es gibt ein Bäderkonzept, das ist im Land von ÖVP und SPÖ gemeinsam vereinbart worden, darin findet sich prioritär der Eggenberg-Cluster. Klar ist auch, dass die

Notwendigkeit der Sanierung hier von unserer Fraktion hier im Haus, in dieser Stadt und offensichtlich auch zwischen den beiden Arbeitspartnern im Land erkannt wird, dass das Privatbad Union sanierungsbedürftig ist und das was beizutragen ist. Der Finanzstadtrat hat schon hinzugefügt, wir werden selber als Stadt unseren Anteil übernehmen. Der Landeshauptmann hat beim ASKÖ-Tag Mitte Oktober erklärt in aller Öffentlichkeit, ja, er bekenne sich dazu und wir werden es tun. Und zwar gemeinsam in Absprache der Arbeitspartner mit dem Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer. Jetzt den Vorwurf zu machen, politisches Kleinstgeld zu wechseln, lieber Teddy, und zu sagen, mein Gott, der Sportlandesrat kann da nicht antworten, der lässt blöde Antworten ausrichten, unrichtige und falsche, der hält sich an die Vereinbarung, die deine Partei mit unserer Partei auf Landesebene getroffen hat. Für nächste Woche ist ein Termin angekündigt zwischen Landeshauptmann und Landeshauptmannstellvertreter, nichts anderes wollte ich in diesem Antrag festgemacht wissen. Und ich frage mich nur, warum es nicht möglich ist, einen solchen gemeinsamen Antrag zu machen und dann wieder zu sagen, nein, das gefällt mir nicht, das mache ich nicht, dann gehe ich wieder an den Nullpunkt zurück, das ist ja kein Stil miteinander des Umgangs. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ja, ich werde auf diese Nebelgranaten vom Kollegen auch nur kurz streifen. Also, mir ist ein Junktim Bad Eggenberg mit Cluster nicht bekannt, wurde mir gegenüber auch nie so artikuliert seitens des Bundes, von Bundeskanzler Schüssel, von der Sportsektion gibt es gemäß dem Spitzensport Förderungsrichtlinien und die gibt es halt einmal, es gibt überall Richtlinien, wir können woanders auch nicht über unseren Schatten springen und die Millionen beliebig verteilen, die vier Millionen in Aussicht gestellt, es fehlen noch welche unbestritten, aber den Vorwurf kann man dort nicht lassen. Ja, das Privatbad Union, mag schon sein, dass es ein Privatbad ist, aber ich denke, als Stadt Graz und da rede ich nicht vom Sportressort alleine, die Stadt Graz hat in diesem Bereich eine große Verpflichtung, wie ich denke, da geht es ja nicht nur um den Sport, den klassischen Vereinssport, es geht selbstverständlich um das Schulschwimmen und alleine aus diesem Aspekt hätten wir schon eine große Verantwortung zu tragen, weil natürlich auch der Schulerhalter Stadt Graz da einen Beitrag leisten muss, damit

vorgeschriebene Lehrinhalte auch umgesetzt werden können. So wie wir Schulen bauen, müssten wir auch das Schwimmen anbieten können und das würde wahrscheinlich nicht gut gelingen in dieser Frage. Die Dringlichkeit, und da gibt es Vereinbarungen; lieber Karl-Heinz, Faktum ist, ich habe mich am 23. 8. an den Sportlandesrat gewandt und bis heute nicht einen Huster gehört. Faktum ist, dass ich mich persönlich in einem Gespräch, aber auch schriftlich am 10. 10. an den Herrn Landeshauptmann gewandt habe und bis heute auch keine Antwort bekommen habe. Mag sein, dass es Gespräche auf anderen Ebenen gibt, ich stelle fest, ich habe keine bekommen. Das ist insofern besonders schlimm, weil ich ja in allen Schreiben immer auf die besondere Dringlichkeit hinweise. Wir wissen, dass mit Schuljahrende, also im Sommer nächsten Jahres, dieses Bad gesperrt werden muss; wir wissen auf der anderen Seite, dass inklusive Planung, die noch zu erledigen ist, die Umbauphase neun Monate dauert, wir wissen, wenn Bad Eggenberg in Bau geht, eineinhalb Jahre kein Bad Eggenberg zur Verfügung steht, darum gibt es eine Riesen-, Riesen-Dringlichkeit und niemand, mit dem ich schriftlich Kontakt und persönlich Kontakt aufgenommen habe, und das sind die beiden genannten Herren, rührt auch nur ein Ohrwaschl Richtung Stadt Graz und das ist etwas, was mich aufregt als Sportreferent, aber einfach auch als Kommunalpolitiker und das müsst ihr zur Kenntnis nehmen, so schmerzhaft es ist (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ein schönes beruhigendes Schlusswort. Also ich möchte als Erstes einmal sagen, sicher ist, dass die Stadt Graz in diesem Zusammenhang sich keinen Vorwurf gefallen lassen muss, weil wir in einem...

***Zwischenruf GRin. Gesek: Hat doch niemand gesagt.***

Dr. **Riedler**: Jetzt lasst doch den Versöhnungsversuch wenigstens gelten, seid nicht so aufgeregte. Also wir haben in den letzten Jahren insgesamt fast 20 Millionen Euro

für öffentliche Bäder ausgegeben. Bad zur Sonne, wir werden das Bad Eggenberg zu einem Drittel finanzieren, es wird ein großer Finanzierungsanteil dabei noch zusätzlich von den Stadtwerken gezahlt werden und wir haben jetzt eineinhalb Millionen Euro vorgesehen in den nächsten Jahren für die Sanierung des Union-Bades, das gar nicht in unserem Eigentum ist und für das es in der Vergangenheit eine Erhaltungspflicht der Union und Beiträge gegeben hat, möglicherweise war mit der Höhe der Beiträge die Erhaltungspflicht nicht zu erfüllen, aber Faktum ist auch noch, dass das Ganze auf einer Liegenschaft der Stadt Graz stattfindet. Dazu kommen noch nennenswerte jährliche Beiträge an andere Privatbäder und Freibäder und die Erhaltungsbeiträge für sechs Bäder, die wir im Rahmen der Stadtwerke bewirtschaften müssen, das ist unser Beitrag. Das was mein Vorwurf ist und dann sollen wir bitte die Augen nicht zumachen und bitte, lieber Detlev, dann packe du halt deine Nebelgranaten auch wieder ein, Faktum ist, dass das Land uns erstmalig und erst mit einer klaren Zusage geholfen hat, als der Herr Landesrat Wegscheider im Amt war und vorher gar es diese Zusage für Eggenberg nicht, Faktum und das heißt, dass das Land überdurchschnittlich viel Geld aus dem Sportressort in diesen Bereich investiert. Das auch in anderen Städten solche Privatbäder vom Land nicht gefördert werden, ist ein Faktum und auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wenn wir also hier Geld haben wollen, dann wird es zusätzliche Mittel aus anderen Bereichen möglicherweise geben, so wenig wie der Bund sein Drittel zu Eggenberg bis jetzt zugesagt hat, wird es möglich sein, nämlich mit dem Hinweis, dass es sich um kein Sportbad handelt, vielleicht möglich, sein aus dem Sportressort diese Mittel zu bekommen, aber...

*Zwischenrufe unverständlich.*

Dr. **Riedler**: Nein, das Drittel zahlt er nicht, wohlgemerkt, das Drittel...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Vier Millionen.***

Dr. **Riedler**: Und die vier Millionen auf Grund einer gesetzlichen Vorgabe, das ist keine Zusage vom Herrn Bundeskanzler, sondern es ist in erster Linie ein Geld, das uns zusteht, bitte wacht doch einmal auf. Der Herr Bundeskanzler, also der jetzige Bundeskanzler, noch wenige Tage lang Bundeskanzler, hat da nichts Wesentliches beigetragen.

***Zwischenruf unverständlich.***

Dr. **Riedler**: Ja, auf Grund einer gesetzlichen Zusage, das ist keine freie Mittelvergabe, das hätte jeder tun müssen. Aber streiten wir nicht länger. Das was ich mir wünschen würde, wäre halt, dass auch aus Mitteln des Herrn Landeshauptmannstellvertreters hier eine Unterstützung kommt. Das wäre gerechtfertigt und das wäre wie in anderen Fällen, und anders als der Herr Bürgermeister, ist der Vorwegabzug aus meiner Sicht für diese Sonderprojekte noch nicht ausreichend. Im Übrigen steht in dem Paket auch drinnen, dass man schon längst, nämlich auch schon aus Zeiten der Frau Landeshauptmann Klasnic, die Zusage für 15 % haben sollte und die zusätzlichen Mittel kämen natürlich dazu, sonst wären es keine zusätzlichen Mittel. Also das darf man sich wünschen, ob es eintreten wird und ob die politische Potenz ausreichen wird, auch beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter, werden wir sehen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Vereinbarung, die die Frau Landeshauptmann mit uns in Richtung 15%-Vorwegabzug geschlossen hat, hätte sie wahrscheinlich auch eingehalten, wenn sie noch da wäre. Der einzige, der jetzt noch in der

Landesregierung sitzt, der damals auch mitunterschrieben hat, ist der Landeshauptmann Voves und ich hoffe, dass das bald stattfindet. Es hat auch eine große Veränderung gegeben nach der letzten Landtagswahl, dass die Bedarfszuweisungsmittel ganz massiv verändert worden sind, Kollege Schützenhöfer hat viel weniger Bedarfszuweisungsmittel, als das früher der Fall war, und zum Thema Graz gab es immer eine Vereinbarung und ich glaube, die wird auch nicht geändert werden, sobald es um eine neue Summe für Graz geht, diese gemeinsame Geschichte zwischen beiden Bedarfszuweisungsreferenten aufgeteilt wird und dass der Vorwegabzug wieder festgelegt wird. Im Übrigen würde ich in dem Zusammenhang weniger von Nebelgranaten, sondern mehr von Wassergranaten sprechen und wir haben auch noch einige andere städtische Bäder saniert, wir haben städtische Bäder saniert vom Margarethenbad über Straßgang bis hin zum Augartenbad, das heißt, wir sind mit Ausnahme dieses Bad Eggenbergs, was die eigenen Bäder anbelangt, nicht säumig. Leider Gottes hat es die Geschichte mit dem Pammer-Bad gegeben, Ragnitzbad steht auch noch an, das wird ganz, ganz schwer werden, privat, glaube ich, weiterzuführen und dieses Bad vom ATG ist Gott sei Dank in einem besseren Zustand, das Union-Bad ist so wie es ist und deswegen müssen wir schauen, dass wir jetzt soweit kommen, dass da wirklich geholfen wird. Wir haben es einmal vorgesehen und ich hoffe, dass wir im Gemeinderat im Dezember auch unseren Teil dazu beitragen werden.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung, dann kommen wir zur Abstimmung, nachdem es ein Abänderungsantrag ist und den eigentlichen Antrag total verändert hat, müssen wir den zuerst abstimmen.

***Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

#### **4) Grazer Messe**

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker:** Nachdem etwas bedenklichen Einblick in das Sittenbild, was sich so zwischen Land und Stadt in der Steiermark und in Graz so abspielt, komme ich zu einem Thema (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und denke, eigentlich zu einer heiligen Kuh, nämlich der Grazer Messe. Wir haben heute auf der Tagesordnung den Jahresabschluss, die Bilanz aus dem Jahr 2005 in späterer Folge und das nehme ich zum Anlass, die Grazer Messe hier zur Diskussion zu stellen. Das Jahr 2002, das war so eines der Schlüsseljahre in den letzten Jahren, da gab es damals eine Neuorientierung, weil eben die Messe zu dem damaligen Zeitpunkt in eine Zahlungsunfähigkeit geraten ist, nachdem einige Jahre existenzbedrohende finanzielle und inhaltliche Krisen vorausgegangen waren. Es gab stark rücklaufende BesucherInnenzahlen, es gab ein dokumentiertes Missmanagement, es gab abgesprungene AusstellerInnen, das führte im Jahr... (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), das ist eh wurscht, ob man da was sagt oder nicht heute, die Emotion ist so da, aber könnt ein bisschen herunterkommen bitte? ... im Jahr 2005 hat es letztlich dazu geführt, dass aus den Genossenschaftsvereinbarungen vor allem auch die Wirtschaft ausgestiegen ist. Das wurde dann in einer weiteren Folge letztes Jahr im Bundesrechnungshofbericht auch sehr kritisch angemerkt, deutet auf einen Vertrauensverlust und auf einen Interessensverlust von Seiten der eigentlichen Nutznießerinnen der Grazer Messe hin. Im Jahr 2002 kam es zu der Beschlussfassung, ambitionierte Zukunftsprojekte in Angriff zu nehmen, enorme Investitionsprojekte sollten folgen, darunter eben auch der geplante Bau, der jetzt ja in Angriff genommen werden soll, der Messehalle in einem Investitionsvolumen von immerhin 58 Millionen Euro. Diese Entscheidung und auch die Altlasten, die sogenannten, belasten heute die Stadt und das bis in die Jahre 2031 hin mit jeweils drei Millionen Euro, das ist der aktuelle Finanzierungsvertrag mit den beiden, mit der Gesellschaft und mit der Genossenschaft. Dabei wurden auch nicht zu unterschätzende Grundstücksanteile an die Grazer Messe übertragen durch die Stadt.

Trotz der Umstrukturierungen, Neuorientierungen und der enorm hohen, laufenden Kosten für die Stadt Graz ist es aber für uns immer weniger ersichtlich, welchen Nutzen die Messe für die Grazer Wirtschaft und für die Grazer Bevölkerung eigentlich noch hat. Natürlich wird immer gekommen mit Umwegsrentabilität und Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Standortentwicklung, das ist ja ein beliebtes Argument, aber angesichts der enormen Ausgaben, die dort laufend hineinfließen und der hohen

Belastung fast ausschließlich des Stadtbudgets, wir haben eine einmalige Zuzahlung des Landes mit 15 Millionen gehabt, aber sonst trägt die Belastung die Stadt alleine. Und insbesondere eben der Rückzug der Partner aus der Wirtschaft hat eben dazu geführt, dass das an der Stadt hängengeblieben ist. Wäre ein Nutzen erkennbar für die damals ausgestiegenen Partner, insbesondere für den Bereich Wirtschaftskammer und Wirtschaft an und für sich, dann wäre ein Einstieg wieder aus dieser Seite naheliegend, aber es schaut eben so aus, dass die Attraktivität der Messe für diesen Bereich nicht gegeben ist.

Das ist eben einer der größte Zuschussbetriebe für die Stadt Graz und wird es, wie es aussieht, auch in der Zukunft bleiben. Auch abseits von den aktuellen Investitionen schaut es so aus, als würde die Grazer Messe im operativen Geschäft auch in den nächsten Jahren nichts erwirtschaften und die Investitionen, die jetzt geplant sind auf Grund der aktuellen Entwicklungen, werden ein Loch aufreißen von dem nicht klar ist, das wird ungefähr 10 Millionen Euro nach jetziger Einschätzung betragen, wie das dann abgedeckt wird. Wir fürchten, dass es dann wieder zu einem Nachschießen von Geld durch die Stadt kommt. Und es handelt sich um ein Thema, das eigentlich die Stadt recht massiv betrifft, würde ich sagen. Das heißt, zusätzliche notwendige Zuschüsse und Verlustabdeckungen sind absehbar und aus unserer Sicht ist die Messe ein Fass ohne Boden. In der finanziellen Situation, in der die Stadt momentan ist, nehmen wir uns heraus, das zu hinterfragen. Aus unserer Sicht ist es nicht sinnvoll, so ein Projekt auf ewige Zeit fortzutragen, ohne zu hinterfragen, was es eigentlich bringt. Deswegen möchten wir mit diesem Antrag eine Überprüfung möglicher Ausstiegsszenarien aus dem Projekt Grazer Messe anregen beziehungsweise eben eine andere Finanzierungsform anregen. Ich möchte dazusagen, auch wenn ich davon ausgehe, dass die ÖVP und die SPÖ da nicht mitgehen können, möchte ich euch trotzdem die Frage stellen, wir müssen uns in einer Situation, wie die Stadt Graz ist, über die Kernaufgaben der Stadt klarer werden, wir fordern ja selbst immer wieder eine Schwerpunktsetzung und für uns ist wirklich die Frage zu stellen, ist die Grazer Messe, nämlich das Finanzieren aus der Stadt heraus, fast ausschließlich aus der Stadt heraus, eine Kernaufgabe der Stadt im öffentlichen Interesse oder handelt es sich bei der Messe um eine heilige Kuh, die unhinterfragbar stehen bleiben muss? Und aus diesen Gründen stelle ich hier den

## ringlichen Antrag

und ich ersuche euch, mit der Dringlichkeit mitzugehen, weil ich diese Diskussion hier herinnen sehr wichtig finde, dass der Gemeinderat folgende zwei Punkte beschließen möge:

1. Der EigentümerInnenvertreter in der "Messe Center Graz" Infrastruktur- und Stadtteilentwicklungsgenossenschaft GenmbH. wird beauftragt, die notwendigen Schritte für eine aktive Suche, also das heißt auch von uns her, nach potenziellen FinanzierungspartnerInnen (z.B. aus den Bereichen Wirtschaft, Tourismus und Sport) für die Grazer Messe in die Wege zu leiten und längerfristige Beteiligungsszenarien im Sinne einer P.P.P.-Lösung zu entwickeln;
2. die Finanzdirektion wird beauftragt, für den Fall, dass Finanzierungspartnerschaften bis zum Juni 2007 nicht zustande kommen, sämtliche Szenarien für einen ehestmöglichen Ausstieg aus dem Betrieb der Grazer Messe zu prüfen und zusammen mit den Ergebnissen aus Punkt 1. dem Beteiligungsausschuss noch vor der letzten Sitzung des Gemeinderates vor der Sommerpause 2007 zur Diskussion vorzulegen.

Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, wir beantragen hier nicht den Ausstieg aus der Messe, das heißt, es ist kein Antrag, womit ihr euch für ewig an eine Sache bindet, die ihr nicht durchtragen könntet, sondern es geht uns um eine Hinterfragung und ein Genauer-Hinschauen auf einen Betrieb, der uns momentan sehr viel kostet und uns nicht ganz klar ist, was der uns bringt. Ich ersuche um Annahme.

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Danke, Frau Gemeinderätin! Ich erlaube mir zur Dringlichkeit auch als Aufsichtsratspräsident der Grazer Messe gleich das Wort zu ergreifen. Ich verstehe den dringlichen Antrag von Ihnen wirklich nicht. Wir haben uns nach langen und schwierigen Diskussionen, die es dort gegeben hat, auf ein Konzept geeinigt, das noch einige Zeit brauchen wird, bis es voll zur Entfaltung kommt. Wir sind immer auf der Suche nach Partnern und es findet fast keine einzige

Aufsichtsratssitzung statt, wo nicht der Kollege Riedler oder ich dort sagen, es wäre schön, wenn der eine oder andere auch mit verstärkten Finanzmitteln wieder einsteigen würde. Es stimmt nicht, wenn Sie sagen, das Land Steiermark hat sich nur 15 Millionen jetzt daran beteiligt, sondern seitdem wir diesen neuen Weg gehen, hat das Land Steiermark zweimal ganz tief in die Tasche gegriffen, einmal jetzt mit einem indirekten 15-Millionen-Beteiligungszuschuss, um das Konzept zu vollenden und diese neue zusätzliche Messehalle zu errichten, aber wir dürfen bitte nicht vergessen, dass es das Land Steiermark war, das ganz massiv auch zur Finanzierung der Stadthalle beigetragen hat. Und wir haben drei Bereiche und diese Bereichen heißen eben Tagungs- und Kongresszentrum, dieses Tagungs- und Kongresszentrum wird mittlerweile schon so gut gemanagt und geführt und da wird es auch noch weitere Erfolge geben, dass wir, und ich hoffe, Sie haben es auch gelesen, die Kongress- und Tagungsdestination Nummer 1 in Österreich geworden sind. Das ist etwas und wir werden demnächst, wenn diese Halle fertig ist, das kompakteste, modernste und aus meiner Sicht auch eines der schönsten Tagungs-, Kongress- und Messezentren hier haben. Wir haben diese Investition unter anderem auch getätigt mit dem Ersuchen und dem Weitblick, dass unter Umständen auch noch die Styria als ein am selben internationalen Markt im südost-europäischen Raum agierendes Unternehmen seine komplette Neuinvestition und sein Headquarter dorthin zulegt und wir haben schon des Öfteren diskutiert, dass es auch wirklich ein Auftakt und ein Impuls für den Bezirk Jakomini und Richtung Liebenau sein soll, wo wir auch sehr behutsam vorgehen und da tun wir uns schon schwer, weil wir sitzen auf der einen Seite auch im Aufsichtsrat und müssen die Zahlen einfordern, die einmal geplant worden sind bei den Erlösen. Auf der anderen Seite haben wir aber auch vom Gemeinderat und vor allem auch aus den Bezirken mitgenommen, dass man nicht alles dort zubetonieren und zubauen kann. Über das werden wir garantiert auch in den nächsten Monaten und im nächsten Jahr noch diskutieren müssen, aber ich glaube, dass wir insgesamt einen sehr, sehr guten Weg gehen. Die Stadthalle im Übrigen in der Stadt Graz wird so positiv geführt, vergleichen Sie es bitte mit der Stadthalle Wien, da gehen um 4.000 Leute im Groben mehr hinein als in die Grazer Stadthalle, der Zuschussbedarf waren vor drei Jahren, das war das letzte Mal, wo ich die Zahlen gehört habe, über 100 Millionen Schilling Defizit im Wien, in der Stadt Graz liegt der Zuschuss zur Stadthalle mittlerweile bei weitem unter einer Million Euro und ich glaube, dass das auch ein Erfolg dieses Teams da unten ist. Die

Messekonzepte jetzt zu halten und neu aufzubauen, ist wahrscheinlich der schwierigste Teil, weil es international schwieriger geworden ist, aber weil Nilly Nail auch wirklich kämpfen muss um die Messebereiche, weil jetzt überhaupt auf dieser Riesenbaustelle noch Aussteller zu finden und Kunden zu finden, das ist eine Durststrecke. Und die bitte ich abzuwarten, deswegen aus meiner Sicht, aber auch aus Sicht meiner Fraktion möchten wir diesem dringlichen Antrag nicht zustimmen. Ich möchte Ihnen aber schon auch mitgeben, wenn immer ich Partner finden würde und finde, werden wir die Miteinbauen. Da gibt es keinen Alleinanspruch der Stadt Graz, wir betonen das immer wieder, wer dabei sein will ja, dass Wirtschaftskammer und Landwirtschaftskammer, die ursprünglich einmal die Hauptverantwortung getragen haben, sich zurückgezogen haben, weil sie gesagt haben, wir schaffen diese Megainvestitionen nicht, weil auch unsere Budgets sind knapper geworden, aber wir helfen unter anderem auch mit, dass wir die Veranstaltungen von Grazer Unternehmungen, von steirischen Unternehmungen und österreichischen Unternehmungen dorthin bringen oder auch von Landwirten etc. da haben sie auch immer Wort gehalten und ich glaube, da sollten wir jetzt nicht ein Signal abgeben, dass wir schon im Sommer nächsten Jahres ein Aus für all diese Investitionen machen würden. Im Übrigen würde das ein finanzielles Desaster der Sonderklasse sein, denn wer soll es denn sonst führen und abreißen kann man es nicht, also ich kann mir nicht vorstellen, dass es einen Käufer oder ein Ausstiegsszenario dafür gäbe. Und ich bin allen Kräften, die mithelfen, dass diese Messe wieder eine Zukunft hat, dankbar, wir haben es ja eh gewaltig reduziert und jetzt lassen wir bitte noch diese neue Halle dazukommen, die Parkkonzepte, lassen wir endlich einmal die 4er-Straßenbahnlinie dann wirklich fahren hinunter zu Park-&-Rideplätzen, dann wird die Saat aufgehen. Davon bin ich überzeugt, und dass es da auch volkswirtschaftliche Rentabilitätsrechnungen geben muss, ist mir klar, aber das macht auch sehr viel aus, was die internationale Bewertung der Stadt Graz ausmacht. Also heute keine Stadthalle mehr zu haben, heute die Kongresse mit unseren Unis da nicht mehr durchzuführen, würde das Bild von Graz komplett verändern, deswegen gehen wir bei der Dringlichkeit und beim Inhalt nicht mit (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann:** Die Grazer Messe ist für die KPÖ schon seit vielen, vielen Jahren immer Thema gewesen und ich bin heute auch sehr froh, Lisa, dass du diesen Antrag hier einbringst, weil er auch wirklich nach unseren Vorstellungen ist. Ich möchte nur noch einmal sagen, also wir als KPÖ vertreten die Position, dass es nicht Aufgabe der Stadt sein kann, mehrheitlich die Grazer Messe zu tragen, das heißt also, in der Grazer Messe ist die Stadt Graz mit 80 % Beteiligung drinnen, die Wirtschaftskammer hat jetzt also eine Beteiligung nach dem Finanzstück, das ich heute in die Hand bekommen habe, eine Beteiligung von 6,8 %, die ja eigentlich der Hauptinteressent an dieser Messe sein müsste. Das Land Steiermark, auch wenn Sie, Herr Bürgermeister, jetzt gesagt haben, dass sich das Land mit Millionen hier beteiligt hat, aber immerhin hat es nur Anteile von 2,2 % in dieser Genossenschaft. In der Vergangenheit hat es immer wieder massive Verluste gegeben und auch dieses neue Konzept der Messe neu hat für uns bis heute, es wird immer wieder gesprochen von einer langen Durststrecke, eigentlich keinen Erfolg gezeigt und eher ist es eine Aneinanderreihung von Einnahmerückgängen wieder, das heißt, es hat vor einigen Monaten, kann sein im vergangenen Jahr, auch einen Pressebericht gegeben, dass die Einnahmerückgänge im Messebetrieb um zirka 50 % zurückgegangen sind. Damals wurde schon gesagt, wir müssen die Durststrecke durchwandern, gleichzeitig gibt es jetzt wieder, was dieses Konzept betrifft, etwas, was nicht aufgeht und zwar das sind einfach die geringeren Erlöse der Liegenschaftsverkäufe, wo man einfach sehr hoch angesetzt hat und das fällt mir in der Stadt auf. Also, man setzt bei Planungen immer Erlöse an, die in der Regel nie erzielt werden und das gibt uns auch zu denken. Es werden jetzt massive Investitionen wieder getätigt in der Höhe, was ich heute auch von dem Stück gelesen habe, von 45 Millionen Euro in den nächsten drei Jahren. Das hat sogar schon dazu geführt, dass außerordentliche Abschreibungen stattfinden mussten, das heißt, es ist so, dass auch Wirtschaftsprüfer festgestellt haben, dass das, was hier investiert wird, die Messe gar nie einspielen kann. Das heißt, wie schaut das aus in diesem Bereich mit Folgekosten? Wir haben gerade im Kulturhauptstadtjahr 2003 enorme Großprojekte gehabt und im Endeffekt sind wir jetzt mit den Folgekosten belastet und für uns sind das einfach Dinge, die uns zu denken geben. Die Gefahr von weiteren Kostenexplosionen, die dadurch entstehen, ich glaube, dass die für uns jetzt nicht abschätzbar ist. Und gerade hinsichtlich der Budgetsituation der Stadt, wo es immer wieder heißt, Einsparungen, Einsparungen, Einsparungen, wir können uns das nicht

leisten und das nicht leisten und dass mit geringeren budgetären Mitteln auch eine bestimmte Aufgabenerfüllung die Stadt leisten muss, unserer Meinung nach hat der Gemeinderat und auch die verantwortlichen Stadtsenatsreferenten die Verantwortung, so schnell wie möglich sich eingehend mit dieser Messe zu beschäftigen. Und aus diesem Grund unterstützen wir als Fraktion die Dringlichkeit und auch den Inhalt dieses Antrages (*Applaus KPÖ*).

***Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 16.45 Uhr den Vorsitz.***

GRin. Mag. **Bauer**: Liebe Kollegin Rücker, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Antrag, er spricht ein Unternehmen der Stadt Graz an, das vor kurzer Zeit einen sehr prominenten Geburtstag gefeiert hat, den 100. Und ich glaube wir können uns alle sehr gut noch an die Vergangenheit erinnern, wie hat die Messe ausgesehen? Und im Jahr 2002 wurden, also vor der letzten Gemeinderatsperiode, neue Weichen gestellt und das war die Periode, in der ich noch nicht Gemeinderätin war und ich habe das auch hier so zur Kenntnis genommen, dass es hier eine Neuorientierung gibt. Und diese Neuorientierung und Neuausrichtung habe ich sehr genau und sehr konkret auch verfolgt. Es hat auch Abänderungen von der ursprünglichen Ausrichtung gegeben beziehungsweise auch eine wesentliche Absenkung der Gesamtinvestitionen; wenn ich mich richtig erinnere, waren es an die 26/27 Millionen Euro, die abgespeckt wurden. Wolfgang Riedler hat hier den Vorschlag auch gemacht. Wir haben uns auch dazu bekannt, langfristig weiter zur Messe zu stehen, wir haben einen langfristigen Finanzierungsvertrag hier im Gemeinderat beschlossen, es ist auch weiter, Herr Bürgermeister hat es vorhin in seiner Rede angesprochen, wieder ein Schritt hin zur Verbindung zum Land geschaffen worden über die Beteiligung der Immofinanz. Dass das heute vorliegende Stück zur Messengesellschaft etwas besser aussehen würde, hätten wir keine Grundstücksabwertung vorzunehmen gehabt, wie auch Herr Stadtrat Rüschi in seiner Planungsvorlage das inkludiert hat, ginge es uns auch erklecklich besser, aber hier ist es ein Abwägen zwischen der einen und der anderen Ebene. Als Aufsichtsrätin

hätte ich gerne den höchsten Erlös für die höchste Bebauung und das ist auch ganz klar, also diese Schere steht. Eine Umstrukturierung von dieser großen Publikumsmesse hin zu dem neuen Messekonzept mit dem Tagungsbereich beziehungsweise zu dem Fachbereich ist nicht einfach, weil auch hier die Vorlaufzeit dementsprechend lange ist. Und ich kann natürlich sehr gut verstehen und ich frage mich auch in all meinen Funktionen, die ich hier für diese Stadt oder in dieser Stadt ausüben darf, geht es nicht schneller, geht es nicht besser, hier sind einfach Probleme in der Restrukturierung vorhanden, hat eine Vorlaufzeit. Liebe Kollegin Rücker, du wolltest hinterfragen, ich glaube wir stehen hier vor einem langfristigen Messekonzept, das man hier mit einem kurzfristigen Hinterfragen und mit einem kurzfristig intendierten Richtungswechsel nicht möglich ist, aus diesem Grunde keine Zustimmung zur Dringlichkeit und zum Inhalt (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker:** Ich muss ein Schlusswort machen, nachdem ihr ja nicht diskutieren wollt. Ich hätte mir gewünscht,...

***Zwischenruf unverständlich.***

GRin. **Rücker:** Naja, wenn die Dringlichkeit abgelehnt wird, dann ist hier kein Bedürfnis, dieses Thema zu diskutieren. Ich will keine kurzfristige Hinterfragung, ich will eine grundsätzliche Hinterfragung. Drei Punkte, Aussteigen geht nicht, ist ein langfristiges Projekt, mitgefangen, mitgehangen, sich den Sackzwängen zu ergeben ist so eine Geschichte, die ich nicht mehr immer gerne nachvollziehe, weil ich denke mir, wann ist der Punkt hinzuschauen und zu fragen, ob das der richtige Weg ist, als dann, wenn man unterwegs ist. Im Nachhinein, wenn es dann schiefgegangen ist, ist es für alle noch viel schmerzhafter. Dann frage ich mich, warum ist die Messe nicht attraktiv genug, wenn so aktiv nach Partnern gesucht wird, dass keiner einsteigt, ich frage das auch den Herrn Bürgermeister, der nicht da ist, was ist los mit der Messe,

dass es keine Partner gibt, obwohl anscheinend so aktiv nach Partnern gesucht wird, das ist eine Frage, die nicht beantwortet worden ist. Das Dritte ist, hier wird relativ viel Geld für Wirtschaftsförderung letztendlich in die Hand genommen, drei Millionen Euro im Jahr ist, wenn man so anschaut, was sonst an Wirtschaftsförderungsmitteln in der Stadt da ist, ein ziemlicher Patzen Geld und ich hätte gerne gewusst, was die kleinen und mittleren Betriebe wirklich davon haben, dass soviel Geld in diese Richtung fließt. Vielleicht können wir dazu wenigstens einmal eine Information hier herinnen erhalten. Und ich weiß auch aus den Hintergründen der einzelnen Fraktionen, die jetzt da so fleißig dagegen stimmen, dass es durchaus ein Bedürfnis gegeben hätte, darüber zu diskutieren. Schade, dass ihr das nicht wahrgenommen habt.

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **5) Von der Konzentrationsregierung zur Koalitionsregierung**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Nach 1945 war für den Wiederaufbau die Konzentrationsregierung die richtige Regierungsform, heute hat diese Form der Regierung ausgedient. Hätten wir auf Ebene der Bundesregierung eine Konzentrationsregierung, so müsste nach dem Ergebnis vom 1.10.06 das BZÖ einen Minister, die FPÖ zwei Minister, die Grünen zwei Minister, die ÖVP fünf Minister und die SPÖ sechs Minister stellen. Warum muss dies auch in Graz so sein?

Um eine noch besser funktionierende Stadtregierung zu schaffen, wäre es ratsam, auch auf Kommunalebene von der Konzentrationsregierung zur Koalitionsregierung überzugehen. Sicherlich wäre es dabei sinnvoll, wenn der Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz, eventuell im Rahmen des Städtebundes, auch mit den Bürgermeistern der anderen Landeshauptstädte diesbezüglich Kontakt aufnehmen würde, da es zur Umsetzung dieses Vorhabens einer Verfassungsänderung bedarf und ein gemeinsames Vorgehen aller Landeshauptstädte mehr Gewicht hätte. Um eine Koalitionsregierung auf Gemeindeebene möglich zu machen, bedarf es einer Änderung des Art. 117 Abs. 5 der Bundesverfassung, der besagt, dass die im Gemeinderat vertretenen Wahlparteien nach Maßgabe ihrer Stärke Anspruch auf Vertretung im Gemeindevorstand haben.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen und im Wege einer Petition an den Bundesgesetzgeber herantreten, dass die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die im Motivenbericht geschilderte Änderung, von der Konzentrationsregierung hin zu einer Koalitionsregierung auf Kommunalebene, bereits ab 2008 wirksam wird.

GR. Dr. **Piffi-Percevic** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, Herr Vorsitzender! Ich darf auch im Namen meines Klubkollegen Karl-Heinz Herper kurz wie folgt hiezu Stellung nehmen: Die Demokratiereform ist ein Thema, das schon sehr lange, wir sind hier, Kollegin Schloffer, wir sind hier so gut wie einer Meinung, jedenfalls was die Begründung unserer heutigen Haltung betrifft, die Demokratiereform ist ein sehr wichtiges und ernstes Thema und es ist einfach notwendig, dass sich unser Gemeinschaftswesen auch politisch weiterentwickelt. Deswegen gibt es viele gute Ideen, nicht nur auf Seite der Wissenschaftler, sondern auch auf Seite der politischen Parteien und ich möchte auch gleich vorweg sagen, das verfassungsmäßige System und die Geschäftsordnungen und Statuten sind eine Seite, ganz wichtig und wie

immer das System ist, funktionieren kann es nur, wenn ein gutes Maß an Vernunft auch geübt wird von den Parteien und wir sind in der glücklichen Lage, dass dies der Fall ist. Und dieses Maß an Vernunft hat auch dazu geführt, dass es vor wenigen Tagen eine Besprechung des Herrn Bürgermeisters mit allen Parteiobleuten der im Gemeinderat vertretenen Parteien beziehungsweise der Klubobleute gegeben hat. Und wir haben im Jahr 2004 bereits diesen Antrag, Herr Kollege Korschelt, hier als dringlichen Antrag gehabt und wir haben einen Zusatzantrag der Volkspartei gehabt. Ich glaube, es war ein weit gehend gemeinsamer, wonach in mehrere Richtungen die Verfassungslage zu überprüfen sei, wir haben aber damals zwar über die Dringlichkeit entschieden, aber nicht den Antrag inhaltlich behandelt, sondern einen ständigen Unterausschuss des Verfassungsausschusses damit betreut. Auch nochmals, wiederhole, dieses heutige Ansinnen ist dort sozusagen Agenda. In diesem Unterausschuss hat es dank, und ich möchte mich ausdrücklich auch beim Herrn Magistratsdirektor und seiner Mannschaft bedanken, sehr wertvolle Erkenntnisse gewonnen. Hier ist ein ganzer Ordner voll über Beispiele, wie wir auch gefunden haben, österreichweit sind hier aufgelistet. Und ich möchte mich ausdrücklich bedanken, ich mache das auch im Namen von Karl-Heinz Herper, dass von allen Parteien die Bereitschaft war, auch über Vorschläge und Modelle zu sprechen und zu diskutieren, die zunächst ganz fern jeder Realisierbarkeit erschienen sind und ich kann zusammenfassen, es gibt Common Opinion, die in etwa sagt, ja, es könnte gewisse moderate Reduzierungen in gewisser Hinsicht geben, wenn das Gleichgewicht jedenfalls im Bereich von Kontroll- und Minderheitsrechten gewahrt ist, ich hoffe, das auch das ganz fair berichtet zu haben. In diesem Sinne stelle ich den Antrag, da wir diesen Unterausschuss haben und da jetzt der Herr Bürgermeister mit allen Obleuten in einer ganz qualifizierten Phase der politischen Diskussion ist, ist also dieser Antrag nicht darüber hinausgehend dringlich, weil ohnedies eine qualifizierte politische Behandlung derzeit in geregelten Bahnen stattfindet.

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.50 Uhr den Vorsitz.***

Mag. **Korschelt**: Danke, es tut mir leid, dass die Dringlichkeit abgelehnt wurde, weil es geht mir so ähnlich wie der Kollegin, dass über den Inhalt nicht mehr diskutiert wird. Für mich ein Zeichen, wie du es gesagt hast, dass es schon zwei Jahre sehr gut in der Schublade liegt aber bis heute eigentlich noch nichts geschehen ist...

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Dann hat dir die Maxi nicht alles berichtet.*

Mag. **Korschelt**: ...und ich fürchte, dass es auch das Jahr 2008, was wir ja wahrscheinlich alle erleben werden, dass wir es erleben werden und dann wird das auch wieder schön im Schlafen sein und dann werden wir wieder fünf Jahre uns dahinquälen und dann eben sagen, na ja, vielleicht im Jahr 2017 wird es dann endlich soweit sein. Deswegen von mir noch einmal diese Erinnerung, tut mir leid, dass es abgelehnt wurde, vielleicht wird im Jahr 2008 der Bürger darüber entscheiden, ob ihm das mehr gefällt als wie der Kollege Piffl-Percevic eben mit seiner, in dem Fall wahrsten Sinne des Wortes, als Beschwichtigungshofrat tätiger Klubobmann. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, vielleicht noch eine Anmerkung, nachdem ich auch im Konvent dabei sein durfte. Sobald jemand dort den Antrag gestellt hat, dass für alle Gemeinden Österreichs dieses derzeitige Proporzregierungssystem aufgehoben wird, hat es nicht einmal ein Anzeichen mehr gegeben, dass es da eine Mehrheit dafür gäbe. Also selbst, wenn wir heute Ihrem dringlichen Antrag folgen würden, die Diskussion hat es im Konvent in Wien gegeben, findet überhaupt keine Mehrheiten und deswegen glaube ich, dass wir jetzt auch ernsthaft einmal schauen sollten, welche Alternativen gibt es, wo sind wir nicht auf den Bundesverfassungsgesetzgeber angewiesen, was können wir selber tun und das

wollen wir ja ernsthaft auch der Bevölkerung vor 2008 auch mitteilen und sagen und dementsprechend auch noch reagieren.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***